Borter W.

Amok gegen die Spitalregion Oberwallis

Seite 8

Epiney S.

Frontal gegen die Interessen des Oberwallis

Seite 14

Victor Jara

Von Pinochets Schergen kaltblütig ermordet

Seite 16

ROTE ANNELIESE

Nr. 161 / März 2000 **Fr. 3.50**

Hetzkampagnen auf Kosten der Steuerzahler/-innen

«Die gegenwärtige Diskussion um die Spitalpolitik ist eine gute Gelegenheit um Visp gegenüber einmal ein Exempel zu statuieren!» Wer das sagte ist nicht irgendwer, sondern Pierro Planche, Stadtpräsident von Brig-Glis. Und er sagte es nicht irgendwo zur vorgerückten Stunde in einer schummeligen Bar, sondern an einer Informationsveranstaltung, zu welcher Vertreter/innen von 39 Gemeinden der Spitalregion samt den Präfekten und den Grossräten geladen waren. Der Stadtpräsident von Brig-Glis will allen Ernstes den Vispern eins auswischen damit die Visper auch einmal merken wer die Briger sind. Unglaublich. Wer auf diesem Niveau politisiert, sollte sich umsehen, ob nicht in irgendeinem Hasenzüchterverein noch ein Vorstandsmitglied gesucht wird.

Mehr zur Spitalpolitik auf Seite 8 und 9

WEG-Kuckucksei der C-Parteien kostet weitere 150 Millionen

Schuldenmacher blockieren WEG-Gesamtsanierung

(ktm) **– Mit dem Kauf der RHOWAG-Aktien zum überrissenen Preis von 300 Millionen haben die Vertreter der C-Parteien die Walliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG) in den Sumpf geritten. Der Sanierungsbedarf beträgt 150 Millionen. Heute drücken sie sich vor der Verantwortung und fordern von SP-Staatsrat Thomas Burgener, die marode Gesellschaft endlich zu sanieren.**

Der ehemalige SP-Staatsrat Peter Bodenmann hat erste Schritte zur finanziellen Sanierung der WEG unternommen und Wege für eine Gesamtsanierung aufgezeigt.

Doch die Schuldenmacher verhinderten aktiv den notwendigen Zusammenschluss der Walliser Verteilwerke und tanzen um den eigenen Kirchturm; angeführt von Rolf Escher, dem Visper alt Präfekten Willy Fux und den schwarz-gelben Kopfnickern im WEG-Verwaltungsrat.

Mittlerweile läuft die Strommarktöffnung und die Reorganisation der Strombranche auf vollen Touren. Experten schätzen, dass von 1200 Elektrizitätswerken in der Schweiz deren 10 bis 20 übrig bleiben. Ohne Zusammenschluss der Elektrizitätswerke auf Kantonsebene hat die Walliser Stromwirtschaft keine Chance, eigenständig zu überleben. Dann wäre jeder Sanierungsfranken zum Fenster hinausgeworfenes Geld!

Mehr über die WEG-Sanierung und die Strommarktöffnung

Seiten 3, 4, 5

Stoppt der neue Postdirektor Gygi den Kahlschlag bei der Post? Seite 6

Dicke Eier

Albert der Grosse

Wer hätte das gedacht. Der neue Chef und Verwaltungsratspräsident der ehemaligen Walker-Imoberdorf AG ist Albert Bass. Durch den Zusammenschluss mit der Valconsult AG kommt Bass zu einem neuen Pöstchen. Immer und überall wo Not am Mann – Bass ist zur Stelle. Der ehemalige CSPO-Grossrat und aktive gelbe Kassier ist als Hansdampf in allen Gassen dabei. Vor allem bei Firmen mit grossen Problemen. Trotzdem überrascht die Selbsteinschätzung des gelben Treuhändlers. Gemäss Bericht des Chefredaktors des Walliser Boten stellte Bass sein Imperium wie folgt dar: «Albert Bass benützte die Gelegenheit, um die weltweite Vernetzung seines Betriebes in 85 Ländern mit 510 Niederlassungen und über 17 000 Mitarbeitern zu skizzieren». Da können wir nur neidlos gratulieren, lieber Albert, weiter so. (ra)

Sensation perfekt – niemand schaute hin

In der Februarsession geschah im Grossratssaal in Sitten ein mittelprächtiges Wunder. Der Grosse Rat überwies eine Motion der SP Unterwallis für eine kantonale Mutterschaftsversicherung. Dieses aussergewöhnliche Ereignis stiess in den grossen Schweizer Tageszeitungen auf grosse Beachtung. Einzig die Walliser Medien kümmerten sich kaum für die neue und erfreuliche Weichenstellung in der Mutterschaftsversicherung. Deshalb sei es hier gesagt: 14 Wochen Erwerbsausfall für alle erwerbstätigen Mütter. So lautet der Auftrag des Kantonsparlamentes an die Walliser Regierung. Für einmal übernimmt der Walliser Grosse Rat in der Schweiz eine Vorreiterrolle. (ra)

Der schwarze Schwenker

In der letzten Grossratssession verlangte die CVP durch ihren Boss die Staatsratssitze von 5 auf 7 zu erhöhen. Die Minderheitsparteien wehrten sich in der Debatte gegen diese unsinnige Aufblähung des Verwaltungsapparates. Die Oberwalliser Schwarzen hielten sich bedeckt und warteten vorerst ab, aus welchen Richtungen der Wind pfeift. Als sie merkten, dass der Vorschlag ihres Chefs in der Abstimmung keine Chance hatte sprangen sie auf den fahrenden Zug und stimmten geschlossen gegen den CVP-Vorschlag. Einzig die Gelben stimmten wie ein Herz und eine Seele für die Erhöhung der Staatsratsitze auf sieben. Offenbar trauen sie sich nach der Zeit von Willy Schnyder nicht allzuviel zu. (ra)

Altbekannte Klientelpolitik

Für neue Pöstchen sind die Schwarzen und Gelben immer zu haben. Das entspricht einer langjährigen Tradition der schwarzgelben Parteipolitik. Mit der Besetzung von neuen Posten durch eigene Leute kann die Wählerklientel bestens bei Laune gehalten werden. Als es im Februar im Grossen Rat darum ging die Zahl der Untersuchungsrichter im Kanton zu erhöhen, stimmten die wackeren Männer und Frauen der Gelben und Schwarzen unisono dafür. Warum wohl? (ra)

Der quirlige Wenger Albi

Präfekt des Bezirkes Östlich Raron ist der quirlige Albert Wenger. In der letzten Grossratssession machte er einen Ausflug nach Sitten. Ihn interessierte die Debatte über die Gondelbahn in Ried-Mörel. Von der Zuschauertribüne blickte Wenger stolz auf die Deputierten seines Bezirkes: FDPO Grossrat Werner Salzmann aus Mörel amtete als Berichterstatter und CVPO Grossrat Zurschmitten aus Filet machte sich stark für die nachträgliche Subventionierung der Bahn. Dass die Bahn schon seit drei Jahren funktioniert und der Grosse Rat erst jetzt über die Subventionen debattiert kam dem Präfekten Albi Wenger etwas kurios vor. So etwas hätte es in seiner Zeit im Gliser Zeughaus nicht gegeben. Wenger war trotzdem froh, dass der Grosse Rat zustimmte. (ra)

Smily Willy

Staatsrat Wilhelm Schnyder reiste einst für Olympia 2006 um die halbe Welt. Vergeblich. Jetzt wollen gleich drei Regionen – Graubünden, Berner Oberland, Montreux – sich für die Durchführung der olympischen Winterspiele 2010 bewerben. Statt den Olympiapromotoren klaren Wein einzuschenken, verteilt Schnyder Willy Ratschläge und weckt Hoffnungen für die Winterspiele 2010. Dabei sollte doch selbst dem stets lächelnden Staatsrat in der Zwischenzeit klar sein, dass vier Jahre nach Turin eine Region in unmittelbarer Nähe vom Piemont vor den IOC-Delegierten nicht den Hauch einer Chance hat. (ra)

Kalte Suppe

Das Zeughaus in Sitten wird für viele Millionen renoviert. Anlässlich der Debatte im Grossen Rat wehrte sich SPO-Suppleant Tony gegen die Kasernensanierung. Der «kalte Krieg» sei zu Ende und darum müsse für eine Renovation ein überarbeitetes Nutzungskonzept ausgearbeitet werden. Der sonst eher etwas träge Staatsrat Fournier zeigte sich für einmal schlagfertig und konterte die Einwände von Tony Schmid: Bei der Renovation gehe es nicht um den «kalten Krieg» sondern vielmehr um die «kalte Suppe» die in der völlig veralteten Kaserne zubereitet und serviert werde. Fournier hatte die Lacher auf seiner Seite und der Rat stimmte der Renovation zu. (ra)

In eigener Sache

Kurt Marti

Im letzten Jahr beschäftigte sich ds'Lisi vorab in den verschiedensten Wahlkämpfen. Die «Rote Anneliese» erschien deshalb weniger regelmässig als auch schon. Jetzt ist ds'Lisi wieder voll da. Und hat die Redaktion erst noch ausgebaut: Der freie Journalist Kurt Marti aus Brig arbeitet ab sofort als Redaktor für die «Rote Anneliese». Marti bietet Gewähr, dass die vielen Ungereimtheiten und Mauscheleien in diesem Kanton gelüftet werden.

PS: In dieser Ausgabe finden sie den Einzahlungsschein für die Abo-Erneurung 2000. Mit der Überweisung des Abo-Beitrages sorgen sie dafür, dass der einzigen Oppositionszeitung im Oberwallis die Stimme nicht ausgeht. Herzlichen Dank.

Richtigstellung

In der Ausgabe vom November 1998 zitierte die «Rote Anneliese» aus einem Rundschreiben, welches Werner Bodenmann an Mitglieder des Grossen Rates gerichtet hatte. Darin warf Bodenmann Werner Dr. Perrig Werner vor, ihm ein Sperrkonto geplündert und einen erheblichen Vermögensschaden zugeführt zu haben. Bodenmann Werner wurde wie folgt zitiert: «Mein Vetter Werner Perrig ist ein Schlettrig».

Eine auf der Grundlage dieser Vorwürfe von Bodenmann Werner eingereichte Forderungsklage wies das Kantonsgericht ab. Das Bundesgericht bezeichnete eine Berufung Bodenmanns gegen das Kantonsgerichtsurteil als aussichtslos.

Die «Rote Anneliese» hält fest, dass Dr. Perrig Werner das Konto des Bodenmann Werner nicht geplündert hat, sondern Bodenmann Werner den eingeklagten Betrag vielmehr erhalten hat. Die «Rote Anneliese» nimmt die diesbezügliche Darstellung in den Ausgaben vom November 1998 und Januar 1999 als unwahr zurück. (ra)

Impressum

Rote Anneliese (ra)
Auflage: 4500 Expl.
Jahresabo: Fr. 30.–
Unterstützungsabo: Fr. 60.–
PC 19-8382-6

Redaktoren
– German Eyer (eg)
– Kurt Marti (ktm)

Freie MitarbeiterInnen
Renate Werlen, Ursula Schild, Peter Jossen, Andreas Weissen (aw), Hilar Eggel (he), Edgar Salzmann und andere

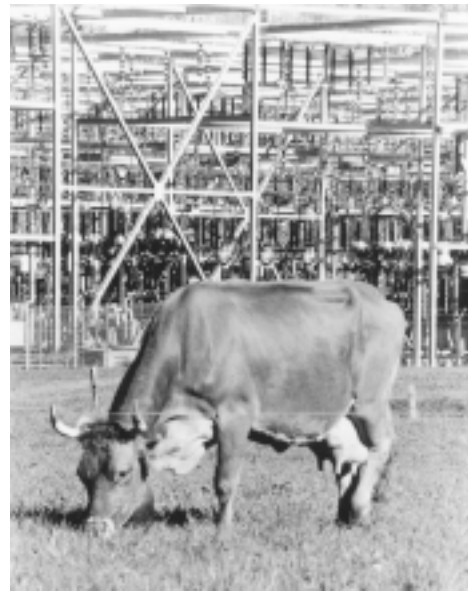
Satz und Druck
S&Z Print AG, Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441, 3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
Fax 027 923 69 71
rote.anneliese@rhone.ch

Zuerst Schulden machen, dann kneifen…

Das scheinheilige Doppelspiel der Schwarzen und Gelben

(ktm) **– Das 150 Millionen-Loch der Walliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG) geht auf die Kappe der Schwarzen und Gelben. Jetzt fordern sie von SP-Staatsrat Thomas Burgener eine rasche Sanierung ihrer maroden Gesellschaft, verhindern gleichzeitig eine wirksame Gesamtsanierung und weisen alle Schuld von sich.**



Heilige Kühe grasen selbstgerecht im eigenen Garten.

«Nicht die Stromverteiler haben die WEG in die Misere geritten,» spielt Rolf Escher, Präsident des Elektrizitätswerkes Brig-Naters (EWBN) den Ball zur Sanierung der WEG an Staatsrat Thomas Burgener weiter und weist damit auch jede Schuld am 150 Millionen-Debakel von sich. Jetzt sei Staatsrat Burgener am Zug und solle «endlich mit der WEG-Sanierung vorwärts machen.» Eine ungeheuere Aussage und Forderung, wenn man bedenkt, dass die Schwarzen und Gelben im Verwaltungsrat und unter den Gemeindeaktionären die WEG in den Sumpf geritten haben und seither jede wirksame Gesamtsanierung mit Störmanövern verhindern.

Die Schuldenmacher

Ursache der heutigen Verschuldung ist der Kauf der RHOWAG-Aktien von der Alusuisse zu einem überrissenen Preis von 300 Millionen. Im damaligen Verwaltungsrat (1993) der WEG gaben die Vertreter der C-Parteien den Ton an: Hans Wyer, Bernard Bornet, Daniel Lauber, Franz Hildbrand, Anton Arnold, Norbert Brenner, Gilbert Debons. Im Verwaltungsrat sass aber auch der Stromverteiler und Direktor des EWBN, Anton Schwestermann, was Eschers Behauptung widerlegt. Am 23. August 1993 stimmte der Verwaltungsrat dem Kauf der RHOWAG-Aktien für 300 Millionen «einstimmig» zu. Auch die Generalversammlung der Aktionäre, mehrheitlich Gemeindevertreter der C-Parteien, stimmte am 24. September 1993 für den folgenschweren Aktienkauf. Als damaliger Stadtpräsident von Brig-Glis hat auch Rolf Escher den folgenschweren Kauf unterstützt. Der zuständige Staatsrat war Wilhelm Schnyder. Auch er war für den Kauf. Einzig die SP-Gemeinderäte Thomas Burgener und German Eyer stellten sich mit Wortmeldungen gegen den Kauf.

Die Verhinderer

Der damalige SP-Staatsrat Peter Bodenmann hat im März 1998 den Weg für die Gesamtsanierung der WEG vorgespurt: Das Aktienkapital der WEG wurde von 90 Millionen auf 200 Millionen aufgestockt. Zudem kann die WEG zukünftige Kredite durch eine Staatsgarantie absichern lassen und kommt so zu niedrigeren Zinsen. Die finanzielle Sanierung der WEG erfordert auch einen Umbau der Walliser Stromwirtschaft. Dazu hat Bodenmann den freiwilligen Zusammenschluss der Elektrizitätswerke zu einer kantonalen Verteilgesellschaft «Wallis Energie» vorgeschlagen. Dann haben die Oberwalliser Energiepartner unter der Leitung von Rolf Escher und dem Visper alt Präfekten Willy Fux das Modell «Walliser Energiebeteiligungsgesellschaft Gesellschaft» (WEBAG) ins Spiel gebracht, welches die Eigenständigkeit der einzelnen Verteilwerke zementiert. Nur die Stromüberschüsse sollen statt auf dem Spotmarkt im Wallis selbst verkauft werden. Den Oberwalliser Energiepartnern und deren C-Vertreter im WEG-Verwaltungsrat ist es gelungen, vorerst das Modell «Wallis Energie» zu bodigen und das WEBAG-Modell unter dem irreführenden Namen «Neue Strukturen» zu installieren.

Die Scheinheiligen

Eine einzige Stromgesellschaft von Oberwald bis zum Genfersee lehnen die Oberwalliser Energiepartner kategorisch ab. Als schlechte Beispiele für eine kantonale Lösung nennt Escher «die marode WEG und das Debakel der WKB.» Doch die Ursache des Debakels war nicht das Kantonsmodell, sondern die gigantische Misswirtschaft der C-Parteien. Die Oberwalliser Energiepartner stellen sich offen gegen den Zusammenschluss aller Walliser Verteilwerke und damit auch gegen eine erfolgversprechende Sanierung und Restrukturierung der hochverschuldeten WEG. Der Walliser Stromwirtschaft droht so das Schicksal der Lonza und Alusuisse: Die Verteilwerke werden von ausserkantonalen oder europäischen Werken aufgekauft, die Entscheidungen werden in den grossen Zentren getroffen und die Erträge aus der Nutzung der Wasserkraft werden aus dem Wallis abgezogen.

Strommarktöffnung und WEG aktuell

- **Grosser Rat:**
  WEG-Sanierung in der Mai- oder Juni-Session
- **WEG-Kommission:**
  Zur Zeit Diskussion des WEG-Berichtes
- **Nationalrat:**
  Elektrizitätsmarktgesetz in der Frühlingssession
- **Ständerat:**
  Elektrizitätsmarktgesetz in der Herbstsession

Die Oberwalliser C-Vertreter im WEG-Verwaltungsrat

(Stand 31. Dezember 1998)

- Norbert Brenner, Grossrat, Steg
- Claude Bumann, Gemeindepräsident, Saas-Fee
- Franz Hildbrand, alt Nationalrat, Gampel
- Konrad Kreuzer, alt Gemeindepräsident, Oberwald
- Andreas Schmid, Grossrat, Gemeinderat, Naters
- Anton Schwestermann, Direktor EWBN, Brig-Glis

150 Millionen zum Fenster hinaus?

Ohne Restrukturierung der Stromwirtschaft kein Geld!

(ktm) **– Ohne fundamentalen Umbau der Walliser Stromwirtschaft macht die finanzielle Sanierung der WEG keinen Sinn. Dann sind die 150 Millionen zur Sanierung der WEG verschwendetes Geld. Notwendig ist der Zusammenschluss aller Elektrizitätswerke im Wallis und die vollständige Trennung der Bereiche Produktion, Verteilnetz und Endverkauf.**

1 Finanzielle Sanierung:

Wenn der Kanton mit 150 Millionen das WEG-Loch stopft, muss er Gewähr haben, dass das Geld nicht zum Fenster hinaus geht. Ohne kantonalen Zusammenschluss der Elektrizitätswerke ist die Walliser Stromwirtschaft zu schwach, um der Marktöffnung standzuhalten. Die Verteilwerke würden eines nach dem anderen von auswärtigen Werken aufgekauft. Ziel der finanziellen und strukturellen Sanierung muss eine starke und eigenständige Walliser Stromwirtschaft sein.

2 Gründung einer Walliser Produktionsgesellschaft:

Sämtliche Wasserkraftwerke, welche im Besitz der heutigen Verteilwerke sind, werden in eine einzige Produktionsgesellschaft zusammengeschlossen. Die Wasserkraftwerke profitieren von der Energieabgabe, falls diese im Herbst vom Volk angenommen wird. Die Wasserkraftwerke, welche nach der festgelegten Frist an die Gemeinden oder den Kanton heimfallen, werden in die Produktionsgesellschaft integriert. Die Produktionsgesellschaft garantiert einen effizienten Auftritt gegen aussen.

3 Gründung einer Walliser Verteilnetzgesellschaft:

Damit der Markt funktioniert, muss das Verteilnetz (Monopol) und das Endkundengeschäft (Einkauf, Verkauf, Dienstleistungen) getrennt werden. Sonst kommt es zu Marktbehinderungen, wie das Beispiel der «Letzten Meile» der Swisscom zeigt. Das Verteilnetz ist der kapitalintensivste Teil und bietet ein grosses Potenzial im Hinblick auf die moderne Kommunikation. Deshalb muss das Verteilnetz in öffentlicher Hand bleiben.

4 Gründung einer Walliser Stromverkaufsgesellschaft:

Durch den Zusammenschluss ergeben sich notwendige Synergien. Die Endkunden werden mit einem attraktiven Angebot an Energiedienstleistungen (Stromverkauf, Stromsparberatung, Energiecontracting, Solarstrombörse, E-Commerce) gebunden. Regionale Verkaufszentren im Ober-, Mittel- und Unterwallis garantieren die Kundennähe. Die Arbeitsplätze, welche durch die Fusion verloren gehen, werden im Bereich der Energiedienstleistungen kompensiert.

5 Suche nach Partnern:

Um die überregionalen KundInnen im Dienstleistungs- und Gewerbebereich zu halten, sind Partnerschaften mit den Stadt- und Kantonswerken der Deutsch- und Westschweiz einzugehen. Die Kooperation mit den grossen Stadtwerken (Zürich, Genf, Bern, Basel) sichert zudem den Markt für den Wasserkraftstrom, wenn die Atomkraftwerke stillgelegt werden.

6 Alpenstrom AG der Gebirgskantone:

Fernziel ist der Zusammenschluss der Produktionswerke im Schweizer Alpenraum zu einer schlagkräftigen Alpenstrom AG, welche ihren Strom in ganz Europa verkauft.

Rasche Marktöffnung notwendig

(ktm) **– Der Bundesrat möchte den Strommarkt für alle Kunden erst in sechs Jahren öffnen, die Atomlobby möchte noch länger warten. Das Elektrizitätsmarktgesetz tritt frühestens 2001 in Kraft, die Parlamentsdebatten stehen noch aus. Doch der Markt hat die Strommarktöffnung längst vorweg genommen. Immer mehr Stromverbraucher profitieren von günstigeren Tarifen. Nur die kleinen HaushaltskundInnen und die Gewerbebetriebe sollen noch jahrelang warten und für die unrentablen Atomkraftwerke zahlen.**

Initiativen «Strom ohne Atom» bringen Druck auf die energiepolitischen Turbinen.

Die maroden Atomkraftwerke dürfen nicht auf dem Buckel der KleinkundInnen und des Gewerbes finanziell saniert werden. Es ist im Interesse der Bergkantone und der Wasserkraft, dass die Atomkraftwerke möglichst bald vom Netz gehen. Der notwendige politische Druck setzen die Initiativen «Strom ohne Atom» der Umweltorganisationen, der SPS und der Grünen. In rund zwei Jahren findet die Abstimmung statt.

Entscheidend wird der wirtschaftliche Druck auf die Atomkraftwerke sein, welche schon heute viel zu teuer produzieren und mit der Marktöffnung noch stärker unter Druck geraten. Sie weisen Fehlbeträge von mehreren Milliarden Franken auf. Deshalb ist es im Interesse der Haushalte, der Gewerbebetriebe und der Gebirgskantone, dass der Strommarkt rasch und für alle KundInnen geöffnet wird.

Mit einer raschen Marktöffnung weisen nicht nur die Atomkraftwerke nicht-amortisierbare Investitionen (NAI) auf, sondern auch mehrere neue Wasserkraftwerke. Zur Stützung der Wasserkraft sind Gelder aus der Förderabgabe vorgesehen, welche im Herbst zur Abstimmung kommt. Auch die NAI der Atomkraftwerke muss jemand bezahlen. Am sinnvollsten ist eine klare und transparente Regelung im Elektrizitätsmarktgesetz. Zentrale Bedingung: Die Stilllegung der Atomkraftwerke nach 30 Jahren Betriebszeit.

Rolf Eschers Antwort auf die Strommarktöffnung:

«Das EWBN kann alleine ganz gut leben»

(ktm) **– Die Strommarktöffnung rollt. Europaweit schliessen sich die Stromriesen zusammen. Im Oberwallis jedoch kann das Elektrizitätswerk Brig-Naters (EWBN) laut Präsident Rolf Escher «alleine ganz gut leben.» Und der Visper alt Präfekt Willy Fux möchte gar ein zusätzliches Verteilwerk posten.**

Mittwoch 5. Januar 2000: Der EWBN-Direktor Anton Schwestermann bekommt einen Brief vom grössten Stromhändler Europas, der Aare-Tessin AG für Elektrizität (ATEL). Darin fordert die ATEL das EWBN auf, «die Rechnungen für die Strombezüge der UBS-Bankgebäude ab 1.1.2000 an folgende Adresse zu senden: ATEL, 4600 Olten.» Noch bevor die Strommarktöffnung gesetzlich geregelt ist, bezieht also die UBS in Brig billigeren Strom. Das geht so: Bis der Markt gesetzlich geöffnet ist, bleibt das EWBN Lieferant des UBS-Stroms. Die Rechnung allerdings schickt das EWBN an die ATEL nach Olten. Diese bezahlt die Rechnung und stellt ihrerseits der UBS eine niedrigere Rechnung. Die ATEL übernimmt also einen Teil der UBS-Stromrechnung. Im Gegenzug verspricht die UBS, den Strom von der ATEL zu beziehen, sobald der Markt definitiv offen ist.

Im Zuge der Marktöffnung werden «ein paar abspringen», ist sich EWBN-Präsident Rolf Escher bewusst. Aber das sei «verkraftbar». Wie Dritte bestätigen, rechnen die EWBN-Verantwortlichen mit einem verkraftbaren Rückgang des Stromabsatzes von rund 30 Prozent. Für den WEG-Vizedirektor Christian Brunner ist das «im Interesse des Kantons keine gesunde Einstellung.» Weil das EWBN rund die Hälfte des Stroms selber produziert und die andere Hälfte von der WEG bezieht, wird folglich die WEG weitere Absatzeinbussen hinnehmen müssen. Wenn das EWBN solche Absatzeinbussen verkraften könne, so Brunner, dann heisse dies «nichts anderes, als dass das EWBN heute zu hohe Strompreise verlangt.»

Stromverteiler tun 55mal dasselbe

Im Oberwallis gibt es 30 verschiedene Elektrizitätswerke, vom grössten Elektrizitätswerk Brig-Naters (EWBN) bis zu den ganz kleinen wie dem EW Törbel. Im Unterwallis sind es weitere 25 Werke. Alle diese Stromverteiler tun 55 Mal parallel dasselbe. Eine teure und ineffiziente Lösung, welche auf dem liberalisierten Strommarkt keine Chance hat. Der Energiespezialist Bernhard Weilharter, Direktor der Beratungsfirma Arthur D. Little, geht in der NZZ davon aus, dass von den 1200 Elektrizitätswerken in der Schweiz nur noch ein paar nationale Anbieter und 10 bis 20 regionale Stromverteiler übrigbleiben werden.

In Deutschland schliessen sich die Stromriesen RWE und VEW, sowie die PreussenElektra und die Bayernwerke zusammen. In der Schweiz sucht das grösste Elektrizitätswerk Nordostschweizerische Kraftwerke (NOK) nach Fusionspartnern. Im Kanton Graubünden kam es im letzten Dezember zum Zusammenschluss der Elektrizitätswerke zu zwei grossen Gesellschaften.

Kirchturmpolitik in Reinkultur

Doch EWBN-Präsident Escher lässt sich vom ansetzenden Sturm der Strommarktöffnung nicht beeindrucken: «Das EWBN kann alleine ganz gut leben. Ich habe noch nie gesehen, dass solche Tätigkeiten auf höherer Ebene besser gelöst werden.» Zusammen mit den Oberwalliser Energiepartnern (Elektrizitätswerke Obergoms, Ernen-Mühlebach, Brig-Naters, Zermatt, Region Visp/Westlich Raron) hält er an der Autonomie der Oberwalliser Elektrizitätswerke fest.

Damit schlägt er auch den Rat namhafter Experten in den Wind. Christian Budry, Direktor der Consulting-Firma Atag&Young, kommt zum Schluss, dass ein kantonaler Zusammenschluss der Elektrizitätswerke «das effizienteste Modell ist, das wir bisher gefunden haben.» Budry verweist vor allem «auf die Synergien bezüglich Produktion, Betrieb, Unterhalt, Administration und Finanzen.» Man darf gespannt sein, wie jeder Stromverteiler die geforderten Energiedienstleistungen wie Stromeinkauf und -verkauf, Energiesparmassnahmen, E-Commerce, Energie-Contracting und Solarstrombörse im Alleingang erbringt.

Der Leidensdruck wächst

Wider alle gegenwärtigen Entwicklungen auf dem Strommarkt fordern die Oberwalliser Energiepartner nicht nur die Autonomie ihrer Werke, sondern unter der Führung des Visper alt Präfekten Willy Fux sogar die Gründung eines eigenen Verteilwerkes für die Region Visp/Westlich-Raron. Zu diesem Zwecke soll die WEG weitere Teile ihres Verteilnetzes abgeben. WEG-Vizedirektor Brunner bezeichnet dieses Verhalten als «reine Schwanzbeisserei». Man gehe einen Schritt vorwärts und zwei zurück. Der Leidensdruck der Verteilwerke sei eben noch nicht gross genug, aber der komme sehr bald. Dem Beispiel der UBS werden andere folgen: die Swisscom, die Bergbahnen, die Autobahn, die Hoteliers, die Advokaturbüros, die Gewerbebetriebe.

Das Tempo der Marktöffnung ist horrend. Nichts ist in Stein gehauen. Eine erste Bewährungsprobe für eine Allianz der Walliser Elektrizitätswerke werden die Verhandlungen mit den finanziell unter Druck stehenden Walliser Bergbahnen sein, welche niedrigere Strompreise verlangen. Die Walliser Verteilwerke wollen die Verhandlungen gemeinsam führen und haben im Februar eine diesbezügliche Absichtserklärung unterzeichnet. Was politisch unmöglich scheint, wird der Druck des Marktes erledigen.

Mehr zum Thema Marktöffnung im Strombereich steht in der März-Nummer des Magazins «Energie & Umwelt» der Schweizerischen Energie-Stiftung SES. Das Heft kann bei folgender Adresse bestellt werden: SES, Sihlquai 67, 8005 Zürich, E-mail: energiestiftung@access.ch

Die Oberwalliser Elektrizitätswerke tun 30 Mal parallel dasselbe. Diese Ineffizienz hat auf dem liberaliserten Markt keine Chance.

Immer neue Konzepte und Studien:

Jetzt droht der Kahlschlag bei der Post!

(eg) **– Die Post schlitterte wochenlang führungslos durch die Landschaft. Der vom Chicago-Kapitalismus geprägte und mit Vorschusslorbeeren eingedeckte Reto Braun schmiss nach einigen Monaten als Postdirektor den Bettel hin. Nicht nachdem er vorerst mit einem Päcklichaos einen Schaden von 80 bis 100 Millionen anrichtete. Die versalzene Suppe muss das Personal auslöffeln.**

Eine Umfrage unter verschiedenen Oberwalliser Poststellen zeigt: es herrscht die totale Verunsicherung. Niemand weiss, was auf die Post und die damit verbundenen Arbeitsplätze zukommt. Die meisten fürchten das Schlimmste. In den Chefetagen werden immer neue Konzepte ausgeheckt die immer mehr die Handschrift von wilden Deregulierern und Privatisierern tragen. Jetzt soll es das Konzept «Optima» richten.

Drei Kategorien

Nach diesem Konzept sollen die Leistungen in den Poststellen gekürzt und auf wenige Postämter konzentriert werden. Das Konzept wird immer wieder überarbeitet mit dem Ziel, noch mehr Leistungen zu kürzen und zu streichen. Grundsätzlich soll es in Zukunft drei Kategorien von Poststellen geben: in Poststellen mit drei P **(PPP)** werden alle Dienstleistungen der Post angeboten, in Poststellen mit zwei P **(PP)** entfallen die speziellen Dienstleistungen und in Poststellen mit einem P **(P)** werden nur noch Einzeldienstleistungen angeboten.

Brig oder Visp?

Anfänglich waren gesamtschweizerisch 350 Poststellen der Kategorie PPP vorgesehen, in der Zwischenzeit sind diese auf 100 Stellen zusammengestrichen worden. Für das Oberwallis bedeutet dies konkret: nicht mehr wie ursprünglich vorgesehen Poststellen mit drei P in Brig, Visp, Zermatt und Naters, sondern nur noch ein Verkaufszentrum für das ganze Oberwallis. Zermatt und Naters sind dabei aus dem Rennen. Der Entscheid für ein Verkaufszentrum Oberwallis fällt zwischen der Post Brig und der Post Visp.

Der Verwaltungsrat der Post hat angekündigt, in den nächsten vier Jahren 600 Poststellen zu schliessen. Währenddem die Poststellen der zweiten Kategorie (PP) mit einem blauen Auge davon kommen, wird es für die Poststellen der dritten Kategorie (P) eng. Die kleinen Poststellen vorab in den Randregionen wie dem Oberwallis werden dabei unter die Räder geraten.

Reto Braun war während 16 Monaten Postdirektor. Er ist dorthin zurück gekehrt wo er herkommt: in die Privatwirtschaft. Ihm trauert niemand nach. Der Verwaltungsrat hat jetzt den Finanzexperten Ulrich Gygi zum neuen Postchef ernannt. Alt Bundesrat Otto Stich hat lange Jahre mit dem ehemaligen Postdirektor Jean-Noel Rey zusammengearbeitet. Stich kennt die Qualitäten von Rey. Darum hätte er lieber ein Comeback von Jean-Noel Rey als Postdirektor gesehen. Ulrich Gygi ist Sozialdemokrat. Man ist gespannt, ob die weitere Privatisierung und der Abbau von Poststellen weitergeht und Gygi den Kahlschlag bei der Post stoppt.

DIE POST

Die vorgesehenen Kategorien der Poststellen im Oberwallis:

Der Angriff der wilden Liberalisierer aufs Oberwalliser Poststellennetz

Bezirk Goms: **P:** Obergesteln, Niederwald, Geschinen, Blitzingen, Münster, Lax, Ernen, Binn, Bellwald, Reckingen, Oberwald, Ulrichen, Biel, Grengiols. **PP:** Fiesch. **PPP:** —.

Bezirk Östlich Raron: **P:** Bitsch, Ried-Mörel, Riederalp, Betten, Bettmeralp. **PP:** Mörel. **PPP:** —.

Bezirk Brig: **P:** Brigisch, Gondo, Mund, Ried-Brig, Termen, Rosswald, Blatten b. Naters, Eggerberg, Simplon Dorf. **PP:** Glis, Naters. **PPP:** Brig?

Bezirk Visp: **P:** Saas Almagell, Saas Balen, Gornergrat, Törbel, Emd, Herbriggen, Randa, Täsch, Eyholz, Staldenried, Zeneggen, Eisten, Baltschieder. **PP:** Saas Fee, Saas Grund Stalden, St.Niklaus, Grächen, Visperterminen, Zermatt. **PPP**: Visp?

Bezirk Westlich Raron: **P:** Ferden, Kippel, Wiler, Blatten (Lötschen), Unterbäch, Hohtenn, Ausserberg, Eischoll, Goppenstein, Bürchen, St. German, Niedergesteln. **PP:** Raron, Steg. **PPP:** —.

Bezirk Leuk: **P:** Gruben, Ergisch, Unterems, Agarn, Albinen, Feschel, Guttet, Erschmatt, Varen. **PP:** Gampel, Turtmann, Susten, Leuk-Stadt, Leukerbad, Salgesch. **PPP:** —.

Legende zur Tabelle:

PPP: *Angebot der gesamten Palette der Post-Dienstleistungen durch geschultes Personal.*

PP: *Grundangebot der Post mit beschränkten Dienstleistungen.*

P: *Grundangebot.*

SP macht Druck mit konkreten Forderungen

Verschiedene SP-Politiker machen Druck um den drohenden Abbau von Poststellen abzuwenden. Der Bündner SP Nationalrat Andrea Hämmerle verlangt, dass erstens Post, SBB und Swisscom ihre Arbeits- und Ausbildungsplätze flächendeckend in der ganzen Schweiz anbieten müssen und dass zweitens neu zu schaffende Arbeits- und Ausbildungsplätze auch im Rand- und Berggebiet anzubieten sind. Eine nationalrätliche Kommission erarbeitet jetzt die gesetzlichen Grundlagen zur Initiative Hämmerle. SP-Grossrat Beat Jost lancierte im Walliser Parlament eine Standesinitiative. Die Standesinitiative verlangt, dass die rund 500 bis 600 Millionen Franken, die der Bund jährlich von der Swisscom einkassiert, nicht in der allgemeinen Bundeskasse versickern, sondern für konkrete Innovationsprojekte im Bereich der öffentlichen Dienste und Betriebe und vorab in den benachteiligten Berg- und Randregionen eingesetzt werden. Die Standesintiative wurde vom Grossen Rat überwiesen und soll zusammen mit den anderen Gebirgskantonen im eigenössischen Parlament eingereicht werden. (eg)

Service Public – Interview mit Nationalrat Peter Jossen-Zinsstag

«Das jetzt vorliegende Projekt ‹Optima› ist eine Katastrophe!»

Nationalrat Peter Jossen-Zinsstag, Mitglied der Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen des Nationalrates

Rote Anneliese: Unter dem Postpersonal herrscht grosse Unsicherheit über die Zukunft der Post vorab in den Randregionen. Die Leute haben schlicht Angst den Arbeitsplatz zu verlieren. Immer wieder werden neue Konzepte für die Zukunft der Post vorgestellt. In den Chefetagen herrscht eine Führungskrise. Wann endlich nimmt die Politik das Zepter wieder an die Hand?

Peter Jossen-Zinsstag: Das Management der Post in letzter Zeit ist eine einzige ausgemachte Katastrophe. Der überbezahlte Herr Braun macht nach kurzer Zeit einen Abgang und praktisch gleichzeitig wird eine Erhöhung der Tarife und ein Abbau von Leistungen bekannt. Dass die Angestellten verunsichert sind, ist bei solcher Kommunikation völlig klar. So geht es wirklich nicht. Umgekehrt muss man der Objektivität halber festhalten: Sowohl der Preisüberwacher Werner Marti, wie auch der zuständige Bundesrat Moritz Leuenberger haben in dieser Angelegenheit zu entscheiden. Wir sind jetzt gefordert mit allen Mitteln zu verhindern, dass die Katastrophenszenarien Wirklichkeit werden.

Wie soll denn das geschehen, wenn Bundesrat Leuenberger sich weigert, in die Geschäfte der Post einzugreifen?

Es war der klare Wille der Politik, auf die sogenannten operativen Entscheide nicht mehr Einfluss nehmen zu wollen. Nun stellt man allerdings tatsächlich fest, dass die Dinge teilweise aus dem Ruder laufen. Hier sind Korrekturen und der nötige politische Druck unabdingbar. Immerhin ist mit der Ernennung von Postdirektor Ulrich Gygi jetzt wieder ein Sozialdemokrat an der Spitze.

Noch schlimmer als das Abseitsstehen von Bundesrat Leuenberger sind die neoliberalen Forderungen von Bundesrat Couchepin. Der will noch mehr Privatisierung und Liberalisierung. Beispielsweise will er das Monopol der Paketpost von 2 kg auf 350 g drücken. Das würde einen Abbau von 1000 Stellen bei der Post bedeuten. So kann es doch nicht weitergehen.

Die neue SP- Fraktion hat eigens ein Seminar zur Frage des «Service publique» durchgeführt. An dieser Sitzung mit Bundesrat Moritz Leuenberger haben wir klipp und klar gemacht, dass so etwas nie akzeptiert wird. Ich persönlich habe zum Ausdruck gebracht, dass ein Referendum gegen eine solche Vorlage sicher sei. Bundesrat Leuenberger hat uns – einmal mehr – versichert, dass keine solche Absicht bestehe, dass keine entsprechenden Papiere weder im Bundesrat noch in seinem Departement bestünden. Ich habe den Eindruck, dass dies Versuchsballone sind, die rasch zerplatzen werden.

Die Post hat von der Politik den klaren Auftrag einen flächendeckenden Service public anzubieten. Mit dem Projekt «Optima» soll jetzt das Grundangebot bei vielen Poststellen gerade im Oberwallis massiv gekürzt werden. Wie sind diese Absichten mit dem klaren politischen Auftrag zu vereinbaren?

Das Projekt «Optima» ist in der vorliegenden Form eine Katastrophe und nicht realisierbar. Völlig daneben ist diesbezüglich der Vorwurf der Gelben, SP-Leute wären schuld am Personalabbau bei der Post. Darum hat der ehemalige Postdirektor Jean-Noel Rey der CSPO in Erinnerung gerufen, dass Karl Kern, der ehemalige Generalsekretär des Schweizerischen Verbandes des christlichen PTT-Personals für dieses Projekt zuständig ist.

«Wir sind jetzt gefordert mit allen Mitteln zu verhindern, dass die Katastrophenszenarien Wirklichkeit werden.»

Mit «Optima» ist doch absehbar, dass eine flächendeckende Grundversorgung in Zukunft nicht mehr möglich ist. Kleine Poststellen werden in Raten liquidiert.

Es war bei der Behandlung des Postgesetzes vor einigen Jahren im Parlament klar, dass an der politischen Vorgabe «flächendeckender Service» nicht gerüttelt wird. Das sind sich mittlerweile auch die Verantwortlichen bewusst. Doch die reagieren nur auf Druck. Das hat der massive Druck gerade aus der Romandie gezeigt. Jetzt gilt es, diesen Druck aufrecht zu halten.

Kommen wir zur Initiative Hämmerle. Sie verlangt dass Post, SBB und Swisscom flächendeckend Arbeits- und Ausbildungsplätze anbieten. Im Nationalrat ist die Initiative angenommen worden. Wo steckt eigentlich diese Initiative?

Die Verkehrskommission hat eine Subkommission eingesetzt, die jetzt den Auftrag hat, einen konkreten Gesetzestext für die Swisscom, PTT und SBB gemäss der Initiative Hämmerle zu formulieren. Als Vizepräsident dieser Subkommission kann ich sagen, dass das Anliegen von Andrea Hämmerle unter den Bürgerlichen nach wie vor umstritten ist. Es gilt, den klaren Willen des Parlamentes nun rasch und resolut durchzusetzen. Mit Andrea, aber auch Fabio Pedrina werde ich alles tun, damit die Subkommission ihre Aufgabe erfüllt. Diese Initiative ist übrigens ein wichtiges Druckmittel, das auch in den zuständigen Chefetagen ernst genommen wird.

«Völlig daneben ist diesbezüglich der Vorwurf der Gelben, SP-Leute wären schuld am Personalabbau bei der Post.»

Aber jetzt wäre es doch nicht mehr als logisch, dass vorerst dieser Gesetzesentwurf auf den Tisch muss bevor weitere wilde Deregulierungsmassnahmen durchgeführt werden?

Schon in der Märzsession stehen weitere wichtige Weichenstellungen für den Service public an. Die parlamentatrische Initiative Tschäppet – die übrigens seinerzeit noch von Beat Jost als wissenschaftlicher Mitarbeiter der SP-Fraktion ausgearbeitet wurde – wird zur Abstimmung in den Nationarat kommen. Diese Intitiative entspricht den Forderungen der SP-Fraktion, welche im letzten Herbst im Anschluss an eine Grundsaztdebatte zum «Service publique» durchgeführt wurde. Tschäppat verlangt, wie auch Standesinitiativen verschiedener Bergkantone, dass die Gewinne der Swisscom teilweise dazu verwendet werden, den einseitigen Arbeits- und Ausbildungsplatzabbau in den Rand- und Berggebieten aufzufangen. In der Verkehrskommission wurde die Initiative abgelehnt. Als Minderheitssprecher der Verkehrskommission werde ich versuchen die vernünftigen Leute im Nationalrat von diesem sinnvollen Anliegen zu überzeugen. Dann wird sich zeigen, ob es eine Koalition zwischen der Linken und den vernünftigen Leuten aus den bürgerlichen Parteien für die Initiative gibt. (eg)

Die Hahnenkämpfe der Herren in Schwarz und Weiss:

Die Zeche bezahlt das Volk!

(eg) **– Das Oberwallis zählt knapp 80 000 Einwohner. Alt-Staatsrat Peter Bodenmann sagte es einmal so: «Das Oberwallis ist bevölkerungsmässig vergleichbar mit einer Nebenstrasse in Mailand». Rein statistisch ist pro 100 000 Einwohner ein Akutspital erforderlich. Staatsrat Burgener präsentiert jetzt für das Oberwallis eine Lösung mit zwei Akutspitälern mit unterschiedlichen Aufgaben. Eigentlich eine grosszügige Lösung. Trotzdem laufen die Spitaloberen in Weiss und einige Herren und Damen in Schwarz Amok. Unbegreiflich.**

Das Spiel der Oberwalliser Kirchturmpolitiker ist immer dasselbe: Als es darum ging, für die Fachhochschulen im Wallis eine einheitliche und vernünftige Lösung zu finden, sahen einige Politiker den bildungspolitischen Untergang des Oberwallis. Als es darum ging im Rahmen der NEAT für die Bahnregion Oberwallis die Perspektiven zwischen Brig und Visp aufzuzeigen und aufzuteilen, ging ein eigensinniges und engstirniges Säbelrasseln einiger lokaler Verkehrspolitiker los. Und jetzt wiederholt sich dasselbe Spiel einiger Lokalpolitiker, die es nicht gewohnt sind, über den eigenen Tellerrand zu blicken.

Immer mehr Papier

Blicken wir zurück. Es war November 1997. Eine Lösung für die künftige Oberwalliser Spitalpolitik lag auf dem Tisch. Trotzdem liessen die Spitalverantwortlichen wegen kleinlichen Ungereimtheiten die sinnvolle Fusion platzen. In der Zwischenzeit sind mehr als zwei Jahre vergangen. Statt endlich am runden Tisch einer Lösung zum Durchbruch zu verhelfen, wurden kiloweise Studien in Auftrag gegeben, die immer zu dem Schluss kamen, was die Auftraggeber gerne hören wollten. Die Akteure hatten immer mehr Gefallen an immer mehr Papier und immer weniger an einer gescheiten Lösung.

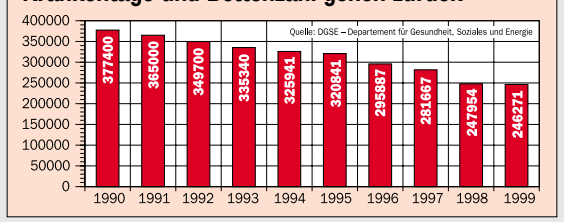
Zeter und Mordio

Staatsrat Thomas Burgener hat diesen Leerlauf jetzt gestoppt. Übers Ganze gesehen liegt der 97-er Vorschlag auf dem Tisch: ein Akutspital für Langzeitaufenthalte in Visp, ein Akutspital für Kurzzeitaufenthalte in Brig. Fortschrittliche Mediziner sind sich einig: in Zukunft werden die medizinischen Eingriffe immer kürzer, der Aufenthalt im Spital dauert entsprechend weniger lang. Darin liegt die Chance für das Spital Brig. Statt diese Chance zu packen und das Spitalpersonal für diese neue Aufgabe zu motivieren, schreit der Briger Spitaldirektor Borter und sein Präsident Mutter Zeter und Mordio. Sie laden ein zu irgendwelchen Informationsveranstaltungen und streuen Resolutionen und Stellungsnahmen in die Gegend. Sekundiert werden sie dabei von einer Heerschar von Ärzten deren Namensliste unter den Leserbriefen länger ist als der Text des Leserbriefes selbst. Die Visper Spitalpräsidentin Ruth Kalbermatten will mit ihrer Viererbande das Spital in Brig versenken.

Immer mehr Leute haben genug von den Muskelspielen der Spitaloberen. Immer mehr haben begriffen, wer die Zeche dieser Hahnenkämpfe bezahlt: nämlich das Volk mit immer mehr Steuergeldern und immer höheren Krankenkassenprämien. Die Walliser Regierung muss diesem Trauerspiel jetzt ein Ende setzen.

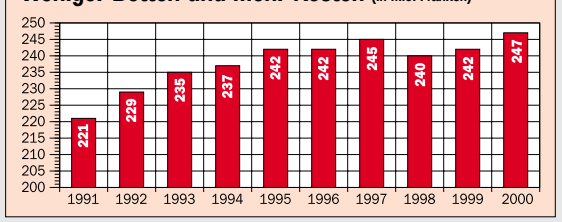
Diese vier Tabellen sagen mehr als tausend Worte

Krankentage und Bettenzahl gehen zurück



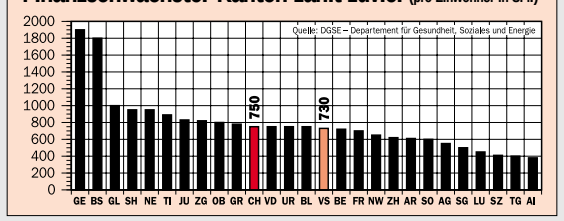
Die Krankentage in der Akutpflege gehen seit 1990 zurück. Entsprechend ist auch die Bettenzahl von 1159 Betten auf 791 Betten zurückgegangen.

Weniger Betten und mehr Kosten (in Mio. Franken)



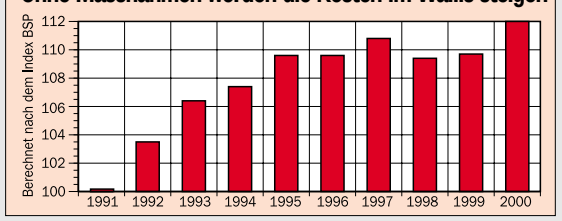
Trotz Rückgang der Krankentage und der Bettenzahl sind die Kosten im gleichen Zeitraum von 221 Mio. Franken auf 247 Mio. Franken angestiegen.

Finanzschwächster Kanton zahlt zuviel (pro Einwohner in SFr.)



Mit 730 Franken Gesundheitskosten pro Einwohner liegt das Wallis im Durchschnitt der Schweiz. Angesichts der schwachen Finanzkraft des Wallis ist dies eine grosse finanzielle Anstrengung.

Ohne Massnahmen werden die Kosten im Wallis steigen



Kommt es zu keiner Lösung und werden keine Massnahme zur Kostendämmung getroffen werden die Kosten ab dem Jahre 2000 massiv steigen.

Thomas Burgener zur Spitalpolitik:

«Ich werde dafür sorgen, dass weder Brig noch Visp finanziell wie auch personell ausgehungert werden!»

Staatsrat und Gesundheitsminister Thomas Burgener

Rote Anneliese: Kaum sind die Restrukturierungspläne des Gesundheitsdepartements publiziert, regt sich in Brig harter Widerstand. Unter anderem wird der Walliser Regierung vorgeworfen, der Entscheid sei ein politischer Entscheid, weil beide Oberwalliser Staatsräte in der Spitalregion Visp wohnhaft seien. Was sagst Du dazu?

Thomas Burgener: Dass der Vernehmlassungsentwurf in Brig und in Visp nicht nur Freude auslösen wird, war für mich zum voraus klar. Widerstand gibt es in den Spitälern von Visp und Brig. Im Spital in Brig ist der Lärm allerdings etwas lauter. Es wird meine Aufgabe sein, einige krasse Missverständnisse auszräumen sind. Ich bin vom Walliser Volk gewählt worden. Ich setzte mich unabhängig regionaler Interessen dafür ein, unseren Kanton und auch das Oberwallis vorwärts zu bringen.

Es war also kein Entscheid gegen den Spital Brig?

Wenn es mir darum gegangen wäre, einen Entscheid gegen das Oberwalliser Kreisspital in Brig zu fällen, hätte ich dem Staatsrat vorschlagen können, das Spital am Standort Brig in eine Geriatrie- und Psychiatrieklinik umzuwandeln, wie dies die Spitalverantwortlichen von Visp, Sitten, Martinach und St. Maurice vorgeschlagen haben. Mit den übrigen Mitgliedern der Regierung bin ich der Auffassung, dass in Brig und Siders wichtige Akutaktivitäten beibehalten werden. Mein Wohnort spielt bei solchen Entscheiden keine Rolle.

«Und ich bin selbstverständlich bereit, allen Spitalverantwortlichen Red und Antwort zu stehen.»

Warum? Fährt denn das Briger Kreisspital nicht soviel schlechter wie dies seitens der Briger Spitaldirektion dargestellt wird?

Nein, der Vorschlag berücksichtigt das Anforderungsprofil der beiden Spitalstandorte Brig und Visp. Klar, dass nicht beidseits alle Wünsche erfüllt werden konnten. Ich wollte aber keinen Nullentscheid präsentieren, der alles beim alten lässt.

Wichtige Disziplinen werden von Visp nach Brig verlegt. Zudem wird der immer wichtiger werdende halbstationäre Bereich gänzlich in Brig angesiedelt. Die Mehrheit der Fälle wird künftig in Brig behandelt werden, was heute nicht der Fall ist. In Visp werden umgekehrt PatientInnen behandelt, die einen schweren Eingriff vornehmen müssen, was in der Regel eine längere Hospitalisation erfordert.

Die Spitalregion Brig will alles Mögliche unternehmen, um seine 39 Gemeinden zu überzeugen, dass sie sich gegen das vorliegende Reformprojekt wehren. Was haben diese Gemeinden zu befürchten?

Kommt die Restrukturierung nicht zustande, werden die Krankenkassen infolge bestehender Ueberkapazitäten ihre Tarife ab dem 1. Juli 2000 nicht erhöhen. Die Spitäler werden in diesem Falle per Ende 2000 massive Defizite aufweisen. Gemäss Gesetz müssen diese von den Gemeinden getragen werden. Die Trägergemeinden als Eigentümer des Spitals haben demnach alles Interesse, dass die Reform zustande kommt. Bis zum15. März 2000 läuft die Vernehmlassung. Die Spitäler haben somit alle Möglichkeiten, ihre Vorschläge einzubringen. Und ich bin selbstverständlich bereit, allen Spitalverantwortlichen Red und Antwort zu stehen und die offenbar teils arg missverstandenen Richtlinien detailliert zu erläutern.

Allein in der Spitalregion Oberwallis sollen mit der Restrukturierung pro Jahr zwischen 7 und 8 Millionen Franken eingespart werden. Wo liegt dieses doch recht hohe Sparpotential?

Bis heute haben sich die beiden Oberwalliser Spitäler bis aufs Messer bekämpft. Künftig wird ein paritätisch zusammengesetzter Verwaltungsrat, eine medizinische Direktion und eine administrative Direktion sowie ein einziges Oberwalliser Spitalärzte-Kollegium das Oberwalliser Spitalzentrum leiten. Dies bedingt einen vermutlich nicht ganz einfachen Kulturwechsel in den Beziehungen zwischen den beiden Standorten.

«Ich glaube nicht daran, dass die Gemeinden und ihre SteuerzahlerInnen bereit sind, immer höher werdende Defizite zu tragen.»

Und was heisst das konkret?

Durch das Zusammengehen beider Spitäler können bestehende Doppelspurigkeiten ausgemerzt werden, indem nicht mehr in beiden Spitälern alle Leistungen angeboten wird. Durch das Zusammenlegen von Disziplinen, die Schliessung einer Intensivstation und die Reduzierung eines Notfalldienstes werden erhebliche Mittel frei. Gerade durch die Zusammenlegung von Diensten wird die Pflegequalität erhöht werden. Das liegt im Interesse der Oberwalliser Bevölkerung.

Die Gewerkschaften forderten seinerzeit, dass die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Jetzt kommt es im Oberwallis zu einem Abbau von rund 70 Arbeitsplätzen. Sind die Anliegen der Gewerkschaften und des Spitalpersonals übergangen worden?

Nein. Es kommt zu keinem Arbeitsplatzabbau. Der Staatsrat wird in seinem Entscheid die Garantie abgeben, dass in den bisherigen Spitalregionen die Arbeitsplätze erhalten bleiben. Ich werde aber nach der Schaffung des Oberwalliser Spitalzentrums darauf achten, dass nicht ein Standort zu Gunsten des anderen finanziell und personell ausgehungert wird.

Was geschieht mit dem Spitalpersonal, deren Stellen aufgehoben werden?

Es wird eine in Schritten vorzunehmende Verlagerung von Personal in Richtung Alters- und Pflegeheime geben. Dort besteht ein grosser Nachholbedarf. Auch die sozialmedizinischen Zentren müssen finanziell und personell besser dotiert werden, um ihre Aufgaben im Spitex-Bereich zu erfüllen. Die betagten Menschen im Oberwallis haben Anspruch auf eine gute Betreuung. Sie wie auch breite Bevölkerungskreise kümmern sich nicht um die regionalpolitischen Auseinandersetzungen.

Der recht ehrgeizige Fahrplan für die Restrukturierungspläne sieht vor, dass nach der kurzen Vernehmlassungsfrist der Staatsrat in diesem Frühling einen definitiven Entscheid fällen wird. Was geschieht, wenn die Generalversammlung der Spitäler Ende Juni die neuen Statuten ablehnen?

Es ist meine Aufgabe alles daran zu setzen, dass die Spital-Reorganisation realisiert werden kann. Das liegt in erster Linie im Interesse der Spitäler selbst. Diese würden sich ohne Zusammengehen in eine noch schwierigere finanzielle Lage begeben. Ich glaube nicht daran, dass die Gemeinden und ihre SteuerzahlerInnen bereit sind, immer höher werdende Defizite zu tragen. Beide Spitäler – Brig und Visp – müssen Haare lassen. Das ist möglich, ohne dass die Spitalverantwortlichen das Gesicht verlieren müssen. (eg)

Skandalöse Stellungnahme des Staatsrates gegen Cannabis-Legalisierung

Der rechtskonservative Jean-Philippe Chenaux und der Walliser Wirteverband definieren die Walliser Drogenpolitik!

(ktm) **– Staatsrat Jean-René Fournier vertraut in der Walliser Drogenpolitik auf den rechtskonservativen Jean-Philippe Chenaux und auf den Sekretär des Walliser Wirte-und Hotelierverbandes Jean-Marc Donnet. Die Stellungnahme der Drogenkommission «Cocatox» landete in der Schublade.**

«Das ist nicht akzeptabel,» ist ein Mitglied der Walliser Drogenkommission «Cocatox» erzürnt. Die Kommission hatte sich zu einem Ja zur Entkriminalisierung des Cannabis-Konsums durchgerungen, gestützt auf die Meinung von Experten und Drogenfachleuten. Doch Staatsrat Jean-René Fournier versenkte das Papier aus dem Gesundheitsdepartement in der Schublade. Stattdessen zog Staatsrat Fournier eine Stellungnahme innerhalb seines Departementes für Sicherheit und Institutionen vor, geschrieben vom zuständigen Beamten Jean-François de Preux, Chef der Abteilung Betäubungsmittel bei der Kantonspolizei.

Im letzten August schickte der Bundesrat das revidierte Betäubungsmittelgesetz in die Vernehmlassung. Darin schlägt der Bundesrat die Strafbefreiung des Cannabiskonsums für Erwachsene vor. Fast alle Kantone sind mit dieser Haltung des Bundesrates einverstanden, ausser die grössten Weinproduzenten Wallis, Waadt und Neuenburg.

Chenaux ist kein unbeschriebenes Blatt

Die Stellungnahme aus Fourniers Departement ist weniger als eine Seite lang. Textliefe-

Die Argumente des Bundesrates

- *«Cannabis verursacht im Vergleich zu Alkohol oder Kokain verhältnismässig wenig gesundheitliche Schäden.*
- *Die Annahme, dass Cannabis als Einstiegsdroge für gefährlichere Drogen gilt, ist falsch. Sie stammt aus der USA der vierziger Jahre und ist heute eindeutig widerlegt.»*

ranten waren der rechtskonservative Jean-Philippe Chenaux und Jean-Marc Donnet, der Sekretär des Walliser Wirte- und Hotelierverbandes «Gastro-Valais».

Punkt zwei der Stellungnahme ist ohne grosses Federlesen aus dem Buch «La Suisse stupéfiée» (Die betäubte Schweiz) von Chenaux übernommen. Mit Chenaux kommt der Walliser Staatsrat zum Schluss, dass die Strafbefreiung des Cannabis-Konsums überhaupt nichts mit Jugendschutz zu tun habe und stützt sich dabei auf die Erfahrungen in Schweden, den Niederlanden und Alaska! In perfekter Übereinstimmung mit Chenaux.

Dabei ist Chenaux, der heutige Sekretär des Waadtländer Arbeitgeberverbandes, kein unbeschriebenes Blatt. In den 60er und 70er Jahren gehörte er zum Kreis der rechtskonservativen «Aktion freier Staatsbürger» (AFS), für die er als Redakteur tätig war. Der erste AFS-Präsident hiess Roger Masson. Er war in der Zeit von 1936–1945 Chef des Nachrichtendienstes der Armee und geriet in der Nachkriegszeit in die öffentliche Kritik, weil er gute Kontakte zum SS-Brigadeführer Walter Schellenberg unterhalten hatte.

Die AFS hatte rege Kontakte mit dem «Ost-Institut» des legendären Peter Sager, wie auch mit diversen anderen rechtsnationalen, antikommunistischen Kreisen. Im Kampf gegen den Kommunismus bewegte sich Chenaux auch im Dunstkreis der Traditionalisten um den Erzbischof Lefebvre von Ecône. In den letzten Jahren ist an die Stelle des antikommunistischen Engagements ein fundamentalistischer Einsatz für eine drogenfreie Schweiz getreten.

Tatort Bahnhof Brig: Polizei filzt Jugendliche ohne Tatverdacht und ohne Untersuchungsbefehl.

Wirtesekretär Donnet: «Ja, ich habe einmal Haschisch geraucht.»

Das zweite Argument für die staatsrätliche Stellungnahme ist beim Walliser Wirte- und Hotelierverband «Gastro-Valais» abgeschrieben. Zusammen mit der «Gastro-Valais» argumentiert der Staatsrat, dass es keinen Sinn mache, den Anwendungsbereich des Betäubungsmittelgesetzes von den Betäubungsmitteln (Heroin, Kokain, Haschisch) auf die Suchtmittel auszudehnen, unter die auch Alkohol und Tabak fallen. «Gastro-Valais» liefert die Begründung: «Alkohol und Tabak sind keine Suchtmittel, sondern der Kategorie Lebensmittel zugeordnete Genussmittel.» Der Bundesrat liefere also eine «willkürliche Definition des Begriffes Suchtmittel.» Wenn schon Alkohol und Tabak Suchtmittel seien, dann müsse konsequenterweise auch Schokolade und Zucker als Suchtmittel bezeichnet werden. Genau dieselben Argumente servierte der rechtskonservativen Chenaux in der Westschweizer Zeitung «L'Agefi»vom 27. Dezember 1999.

Eine andere Forderung von «Gastro-Valais» geht aber auch dem Staatsrat zu weit. Die Walliser Wirte und Hoteliers sind nämlich «unter keinen Umständen einverstanden,» dass der Richter Restaurants schliessen kann, wenn diese an Kinder unter 16 Jahren Alkohol und Tabakwaren abgeben.

Damit Donnet nicht nur beim Alkohol mitreden kann, hat er letzthin sogar einen Selbstversuch im Haschischrauchen gemacht. «Es war wie eine Zigarette, ich habe überhaupt nichts gespürt.» Trotzdem möchte er das Betäubungsmittelgesetz «so lassen, wie es ist,» also keine Straffreiheit für Cannabis. Folglich muss er nächstens mit dem Besuch der Polizei rechnen.

Jagdrevier Hanf – eine Bilanz

Keinem Polizisten kommt es in den Sinn, einen Bankier auf offener Strasse zu durchsuchen!

Im Jahre 1975 wurde das Schweizer Betäubungsmittelgesetz revidiert. Damit sollte den Gerichten unter anderem die Möglichkeit gegeben werden, beim Hanfkonsum von einer Strafe abzusehen. Geschehen ist das Gegenteil. Die kantonalen Drogendezernate haben den Kiffern den Krieg erklärt.

In den Städten und in vielen Kantonen wuchs in den 80er Jahren die Erkenntnis, dass es reellere Probleme gibt. Nicht so im Wallis. Bei uns wird bis heute jedes Räuchlein verzeigt und ein Dossier angelegt. Kleider- und Körper-, Auto- und Hausdurchsuchungen, Einvernahmen und Abführungen waren und sind an der Tagesordnung, bis hin zu teuren Telefonkontrollen gegen kleine Paffer.

Repression nützte nichts

Tausende von polizeilichen Arbeitsstunden und Millionen von Steuergeldern wurden in den Sand gesetzt. Genützt hat es nichts. Gekifft wurde und wird darum nicht weniger. Im Gegenteil. Das Verbotene hat seinen Reiz. Und das Unrechtsbewusstsein für das Verbot dieses Krautes fehlt ohnehin.

Die Strategie des Polizeikommandos in Sitten ist das Reduit: Das Unkraut im Keime und an der Grenze ersticken. Am Bahnhof Brig etwa, oder in Goppenstein, oder am Open Air in Gampel. Mit allen Mitteln. Während bei anderen Straftaten ein Tatverdacht und ein richterlicher Untersuchungsbefehl für eine Zwangshandlung erforderlich ist, sah und sieht man dies im Krieg gegen das Hanfkraut weniger eng.

Keinem Polizisten kommt es in den Sinn, einen Bankier oder Bankkunden auf offener Strasse zu durchsuchen. Bei tatsächlichen oder vermeintlichen Paffern geht das mit dem Segen von oben. Routinekontrollen. Im Anfechtungsfall kann ein virtueller Tatverdacht nachgeschoben werden. Die Resultate sind kontraproduktiv. Der Rechtsstaat nimmt Schaden. Das Vertrauen der Jugend in diesen ebenso.

Wann ist Schluss mit der Verfolgungsjagd?

Dabei gäbe es durchaus Vernünftiges zu tun. Wie sachliche Aufklärung statt Panikmache, Prävention statt Repression, Schutzmassnahmen für Minderjährige. Und Schutz vor fiesen Geschäftemachern, die es neben Überzeugungspaffern ebenfalls gibt.

Die Frage ist nicht, ob das Kiffen gut ist oder nicht. Für die Gesundheit sind erwachsene Menschen selbst verantwortlich. Abgesehen davon, dass Hanf von allen «Drogen» wohl die harmloseste ist, Alkohol miteingeschlossen. Und abgesehen davon, dass Hanf nicht nur ein Genussmittel ist, sondern auch ein Heilmittel und im übrigen ein vielseitig verwendbarer Rohstoff mit Entwicklungsmöglichkeiten in allen Richtungen. Hanf als ökonomischer Zukunftsmarkt. Auch für unsere Bergbauern. Denn das Wallis bietet optimale natürliche Bedingungen für die Hanfproduktion. Hanf als Qualitäts- und Nischenprodukt.

Die Frage ist, wann endlich mit den irrationalen Verfolgungsjagden und den damit verbundenen Belastungen für die Steuerzahler und die Betroffenen Schluss gemacht wird. Dann könnten wir in Ruhe diskutieren, was gut ist und was nicht. Und der Mafia und den Schwarzmarktschmarotzern ginge der Markt und die Marge flöten. Nur sie haben neben dem Polizeikommando und dem Walliser Staatsrat sowie einigen Unaufgeklärten und Sektierern noch ein Interesse an der bisherigen Repression. Und am Schwarzmarkt, den diese unweigerlich erzeugt. Legt ihnen der Bundesgesetzgeber endlich das Handwerk mit einem vernünftigen Gesetz, welches Konsum und Handel des Hanfkrautes regelt? Die Zeit ist reif.

Peter Volken
Advokat und Notar

Zollstation Lötschberg

Wie die Polizei Jugendliche drangsaliert

«Meine Damen und Herren, wir treffen in Brig ein...» Mit diesen Worten beginnt täglich für Dutzende von Jugendlichen ein Spiessrutenlauf durch die Walliser Justiz. Reisende, Lehrlinge oder Studenten werden am Bahnhof Brig von zwei unscheinbaren Gestalten beobachtet und nach subjektiven Mustern herausgefiltert. Die zwei Gestalten sind keine Romanfiguren aus Orwells Vision der Zukunft, sondern Beamte der Walliser Kriminalpolizei in Zivil.

Immer nach derselben Vorgehensweise werden Personen aufgehalten: Ausweise werden kontrolliert, die Betreffenden aufs Büro der Walliser Kantonspolizei mitgenommen. Personalien werden mittels Telefon nach Sitten überprüft. Darauf folgt eine peinlichst genaue Leibesvisitation. Die blossstellende Vorgehensweise gipfelt in einer rechtsverachtenden Befragung nach der Lebensweise, Konsumverhalten bei Alkohol, Tabak oder Cannabis. Es wird nachgefragt, was man jenseits des Lötschbergs getan hat, immer wieder wird nachgefragt, ob Cannabis konsumiert wurde, oder ob man einen der in Bern oder Thun zahlreichen Hanfshops besucht hat.

Lötschberg: Wie am Zoll

Die Passierung des Lötschbergs für Jugendliche gleicht heute einer Zollabfertigung wie sie selbst an Landesgrenzen selten praktiziert wird. Ohne jede rechtliche Grundlage werden Jugendliche am Bahnhof Brig kollektiv verdächtigt, gefilzt, befragt und schliesslich nach einer entwürdigenden Prozedur laufen gelassen, ohne gegen irgendein Gesetz nur ansatzweise verstossen zu haben.

Nicht nur am Bahnhof, sondern überall werden meist Jugendliche von Zivilpolizisten in aller Öffentlichkeit durchsucht. Ein Lehrling aus Brig berichtet: Wie jeden Tag sei eine Gruppe von Kollegen in den Stockalpergarten gegangen, um dort die Mittagspause zu verbringen. Kurz bevor sie aufbrechen wollten, um an ihren Arbeitsplatz zurückzukehren, haben sich ihnen zwei Personen von hinten genähert und sich als Polizisten der Walliser Kantonspolizei ausgewiesen. Darauf folgte eine Überprüfung der Ausweise und ein anschliessendes Durchsuchen aller Taschen. Jeder wurde einzeln überprüft, das ganze dauerte eine Viertelstunde.

Keine Widerrede

Fazit: Nichts verbrochen, trotzdem zehn Minuten zu spät zur Arbeit erschienen. Einem Kollegen, der nach den Namen der eifrigen Beamten fragte, wurde angedroht, auf den Polizeiposten mitgenommen zu werden. Auf die Bemerkung, alle würden von Legalisierung sprechen, selbst die Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, Ruth Metzler, wusste der Beamte nur eine Antwort: «Metzler ist nur ein Fräulein im Minirock.»

Cyril Pinto, JUSO

Unter Protest verlässt SP-Grossratssuppleantin Susanne Hugo-Lötscher die Umweltkommission von Agarn

Kanton und Gemeinden dulden illegale Verbrennungen

(ktm) **– Auf den Oberwalliser Deponien der Gemeinden und der Baufirmen sind illegale Verbrennungen an der Tagesordnung. Jahrelang hat sich Susanne Hugo-Lötscher als Mitglied der Umweltkommission von Agarn gegen eine solche hochgiftige «Entsorgung» gewehrt. Doch bei Kanton und Gemeinde stiess sie auf wenig Verständnis. Im letzten August verliess sie aus Protest die Umweltkommission von Agarn.**

Susanne Hugo-Lötscher: «Missstände müssen beseitigt werden!»

Rauch über der Gemeindedeponie von Agarn.

Anfang Juli 1999 stappelte sich auf der Gemeindedeponie von Agarn Gebäudeisolationen, Teppiche, Plastikeimer, Kanister, lackiertes Holz, Staubsauger, Fenster mit Glas und Eisenteile zu einem Abfallberg.

Am 7. Juli 1999 machte Susanne Hugo-Lötscher mit einem Brief an den Gemeinderat auf den offensichtlichen Missstand aufmerksam und fragte, «wer dafür verantwortlich ist, dass solche Dinge deponiert werden können?» Seit Jahren hatte sie das Problem illegaler Verbrennungen in der Umweltkommission von Agarn zur Sprache gebracht und eigentlich eine Verbesserung erwartet. In demselben Brief drohte sie mit dem Rücktritt aus der Umweltkommission, falls der Abfallberg verbrannt werde und appellierte an die Vernunft des Gemeinderates. Der Gemeinderat hielt es nicht für notwendig, den Brief innert nützlicher Frist zu beantworten. Am 28. Juli wurden Susanne Hugo-Lötschers Befürchtungen bestätigt. Der Abfallberg ging in Flammen auf. Am Abend desselben Tages moderten auf der Deponie noch die Reste des Abfalles.

Umweltkommission lächerlich gemacht

Die Rechtslage aufgrund der Umweltgesetzgebung ist klar. Sowohl die eidgenössische Luftreinhalteverordnung, als auch das entsprechende kantonale Dekret (Art. 18) verbieten das Verbrennen von Abfällen im Freien. Selbst im Polizeireglement von Agarn steht unter Artikel 19 wortwörtlich:

«Auf dem Gebiet der Gemeinde Agarn ist das Entfachen von Feuer im Freien grundsätzlich verboten.»

Enttäuscht gab Susanne Hugo-Lötscher am 23. August dem Gemeinderat schriftlich ihre Demission als Mitglied der Umweltkommission bekannt, mit der Begründung: *«Mit dem Verbrennen des Abfallberges auf der Gemeindedeponie wurde meines Erachtens die Arbeit der Umweltkommission ins Lächerliche gezogen.»*

Erst im Oktober beantwortete der Gemeinderat den Brief von Hugo-Lötscher. Im Antwortschreiben gibt der Gemeinderat zu, dass die Deponie tatsächlich «sehr mangelhaft geführt worden» sei und versprach Verbesserungen. Doch laut Hugo-Lötscher brannten die Feuer in der Gemeindedeponie auch im Herbst weiter.

Keine Antwort aus Sitten

Damit nicht genug. Hugo-Lötscher setzte im August ebenfalls die Dienststelle für Umweltschutz im Departement für Verkehr, Bau und Umwelt in Kenntnis der illegalen Verbrennungen. Jean-Pierre Schnydrig, den Chef der Dienststelle für Umweltschutz, forderte sie schriftlich auf mit der Gemeinde Agarn Kontakt aufzunehmen, um mit ihnen das Problem Deponie zu beraten.»

Wie gesagt, das war im August letzten Jahres. Seither sind sechs Monate vergangen. Der Brief von Hugo-Lötscher wurde von Schnydrig weder bestätigt, noch beantwortet. Laut Auskunft der Gemeinde Agarn hat die Dienststelle für Umweltschutz auch keinen Kontakt mit der Gemeinde in dieser Sache aufgenommen. Wie der Gemeindeschreiber von Agarn bemerkt, ist das Anliegen «scheinbar kein brennendes Problem beim Staat.»

Für Hugo-Lötscher ist der Fall klar: «Es nützt nichts, dass der Kanton und die Gemeinden Gesetze und Reglemente erlassen, wenn der Wille zur Umsetzung fehlt.» Während der Februarsession im Grossen Rat hat sie deshalb zusammen mit Grossratssuppleant Tony Schmid eine Interpellation eingereicht und Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet um eine Stellungnahme gebeten *(siehe Kasten)*.

Kein Einzelfall

Ein weiteres Beispiel zeigt, dass Agarn kein Einzelfall ist. Als Mitglied der Umweltkommission von Gampel hat Carmen Martig auch schon bei der Gemeinde interveniert. Im April 1998 musste in der Gemeindedeponie Kalkofen ein Brand durch die Feuerwehr gelöscht werden. Martig fragt den Gemeinderat, warum die Feuerwehr überhaupt ausrükken musste? «Man lässt keinen Brand unbeaufsichtigt.» Zudem stellt sie fest, dass die Personen, die auf dem Gelände die Waren annehmen, immer wieder Material annehmen, das sie nicht annehmen dürften.

Bereits beantwortet hat Staatsrat Rey-Bellet eine Einfache Anfrage von SP-Grossrat Edgar Salzmann betreffend die Verbrennung von Bauabfällen bei der A9-Baustelle in Gamsen. Die Bauleitung der A9 habe das Konsortium WADEG auf die Verbrennungen eines Unterakkordanten aufmerksam gemacht und seither seien «keine neuen Verbrennungen von Abfällen, auf sämtlichen 12 laufenden Baustellen festgestellt worden.»

Trotzdem besteht weiterhin die Gefahr, dass es zu illegalen Verbrennungen kommt. Diesmal aber auf den heimischen Baudepots der Firmen. Dort werden die Gemeindebehörden erfahrungsgemäss nicht ohne private Intervention eingreifen.

Der damalige Briger Stadtrat Andreas Weissen kann davon ein Lied singen: «Mit Bussen macht man die Leute verrückt.» Oft sind es eben Leute, die man gut kennt und die Hemmschwelle einer Strafanzeige ist gross. Weissen ist trotzdem gegen illegale Entsorger vorgegangen und hat ihnen im Wiederholungsfall sogar Bussen in der Höhe von mehreren Tausend Franken ausgeteilt und die Kosten des Feuerwehreinsatzes verrechnet. «Das hat gewirkt,» hält er nachträglich fest.

Abfalldeponien sind seit 1. Januar strafbar

Seit 1. Januar 2000 ist ohnehin Schluss mit dem Deponieren von brennbaren Abfällen. Der Bundesrat hat 1996 mit der Änderung der Technischen Verordnung über Abfälle (TVA) ein generelles Ablagerungsverbot für Siedlungsabfälle, Klärschlamm, brennbare Bauabfälle und andere brennbare Abfälle beschlossen. Den Deponiebetreibern hat er eine Frist bis Ende 1999 gegeben, ihre Deponien zu räumen. Seit zwei Monaten ist also nicht nur das Verbrennen, sondern auch das Deponieren von Abfällen strafbar.

Der Abfallberg geht später in Flammen auf.

Interpellantion von Susanne Hugo-Lötscher und Tony Schmid vom 10. Februar 2000

Hochgiftige Abfallverbrennung als Eigentor

Laut kantonalem Dekret betreffend der Anwendung der Bundesgesetzgebung über Umweltschutz vom1990 wird unter Art. 18 festgehalten: «Die Verbrennung von Abfällen im Freien oder in Anlagen, die nicht für diesen Zweck vorgesehen sind, ist im ganzen Kanton verboten.»

Trotzdem werden seit Jahren in mehreren Gemeinden auf Gemeindedeponien viele Abfälle verbrannt. Ebenso wird dies in vielen privaten Haushaltungen via Holzöfen gehandhabt. Diese gravierende Art und Weise der Abfallentsorgung ist nicht nur ein hochgiftiges Eigentor; es verstösst auch gegen geltendes Recht.

- **Wie ist es möglich, dass diese illegalen Verbrennungen vom Kanton über Jahre gebilligt werden?**
- **Welche Rolle hat in dieser Angelegenheit die Dienststelle für Umweltschutz?**
- **Toleriert der Kanton diese Situation weiterhin oder welche Möglichkeiten sieht der Staatsrat vor, um die Einhaltung des Dekretes zu gewährleisten?**

Dekret vom 21. Juli 1990, Art. 18

Verbrennen im Freien verboten

1. **Die Verbrennung von Abfällen im Freien oder in Anlagen, die nicht für diesen Zweck vorgesehen sind, ist im ganzen Kanton verboten.**

2. **Von dieser Regelung ausgenommen ist die Verbrennung von Wald-, Wiese-, Garten- oder Rebenabfällen in schwach besiedelten Gebieten, soweit sie nicht übermässige Immissionen und Belästigungen für die Nachbarschaft zur Folge hat und kein umweltfreundlicheres Mittel zur Beseitigung vorhanden ist.**

3. **Die Gemeinden sorgen für die Einhaltung dieser Vorschrift auf ihrem Gebiet.**

Erinnerungen an Seveso

Hochgiftige Dioxine und Furane!

Bei der Verbrennung von Bauabfällen, Verpackungen, Kunststoffen und behandeltem Holz geht keineswegs ein harmloses Räuchlein in die Luft, sondern hochgiftige Dioxine und Furane. 1976 gelangten in Seveso 100 Gramm Dioxin in die Umwelt und verursachten bei Hunderten von Menschen schwere Hauterkrankungen und eine deutliche Zunahme von Gallentumoren. Die Umgebung wurde jahrzehntelang hermetisch abgeriegelt.
Deshalb ist die Entsorgung von Abfällen aller Art durch offene Verbrennung eine gefährliche und unverantwortliche Tat und müsste von den Gemeindebehörden mit aller Strenge geahndet werden. Die Abfälle gehören in die Kehrrichtverbrennungsanlagen, welche mit moderner Entstickung und Rauchgasreinigung ausgestattet sind. In einer solchen Anlage werden noch 0,1 Milliardstel Gramm pro Kubikmeter Luft ausgestossen. In einer illegalen, offenen Verbrennung sind es 114 Milliardstel Gramm, also das 1000fache!

Durch die Verbrennung solcher Abfälle entstehen hochgiftige Dioxine und Furane.

CVP Ständerat Epiney Simon:

Politisiert in Bern direkt gegen das Wallis

(eg) **– Bis ins Jahr 2006 soll die NEAT am Lötschberg gebaut sein. Der Lötschberg ist die direkteste Verbindung zwischen Basel und Milano. Die Güter auf der Schiene zwischen Basel und Chiasso werden dannzumal auf dieser Achse rollen. Das ist gut für die Bahnregion Wallis mit den vielen Bahnangestellten. Simon Epiney reichte noch als Nationalrat im Parlament eine Motion ein um die Zufahrtstrasse zum Grossen St. Bernard auszubauen. Epiney will mehr 40-Tönner Lastwagen auf diese Transitstrasse zu locken. Das ist Politik gegen die Interessen des Lötschbergs und des Wallis. Alt Staatsrat Bernard Bornet freut sich ob der Politik seines Parteikollegen. Er ist Präsident der privaten Tunnelgesellschaft am Grossen Sankt Bernard.**

Seit Annahme der Alpen-Initiative steht es klipp und klar in der Bundesverfassung: Die Güter durch die Schweiz gehören auf die Schiene. Darum dürfen Transitstrecken im Schweizerischen Alpenraum nicht weiter ausgebaut werden. Zu diesen Transitstrassen gehört der Grosse St. Bernard. Das kümmert den jetzigen Standesherrn Simon Epiney einen Deut. Er nahm die Tunnelkatastrophe am Montblanc zum Anlass um dem Bundesrat vorzuschlagen, die Zufahrtstrecke zum Grossen Sankt Bernard als Alternativroute zum Mont-Blanc auszubauen. Epiney will mehr Laster durch den Tunnel am Grossen Sankt Bernard.

Die privaten Kassen sollen klingen

Der Tunnel am Grossen Sankt Bernard gehört einer privaten Gesellschaft. Für jede Durchfahrt durch den Tunnel ist eine Gebühr zu zahlen. Alt Staatsrat Bernard Bornet ist Präsident der Tunnelgesellschaft. Bornet setzte sich als Staatsrat vorab für mehr Beton und weniger Grün ein. Er war während seiner Amtszeit als kantonaler Baudirketor im ständigen Clinch mit den Umweltverbänden. Mit der Verlagerung der Güter von der Strasse auf die Schiene konnte Bornet nie etwas anfangen. Bornet will immer mehr Güter auf der Strasse und durch seinen Tunnel. Das lässt die Kassen klingen. Jetzt ist ihm Parteikollege Epiney mit der Motion für den Ausbau der Zufahrtstrecken zum Grossen Sankt Bernard zu Hilfe geeilt.

Epiney gegen den Volkswillen

In allen verkehrspolitischen Abstimmungen der letzten Jahre hat die Mehrheit des Stimmvolks immer wieder klar gemacht, dass der Güterverkehr durch die Schweiz auf die Schiene gehört. Das war bei der Alpen-Initiative so, das war bei der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe so und das war auch bei der Finanzierung des Öffentlichen Verkehrs und damit der NEAT so. Ständerat Simone Epiney politisiert gegen den Volkswillen. Schlimmer noch: Durch den Ausbau der Transitstrassen erwächst dem Güterverkehr auf der Schiene direkte Konkurrenz. Das schadet dem Lötschberg und damit dem Wallis.

Die unglaubliche Antwort des Bundesrats

Unverständlich die Antwort des Bundesrates an Motionär Epiney: Der Bundesrat zeigt sich bereit, das Thema Ausbau und Erweiterung des Nationalstrassennetzes am Grossen Sankt Bernard in seine verkehrspolitischen Überlegungen miteinzubeziehen. Jetzt stellt sich die Frage: Kann Bahndirektor und Ständerat Rolf Escher seinen Unterwalliser Parteikollegen stoppen und zur Räson bringen. Man ist gespannt auf den Einfluss des Ständerates aus dem Oberwallis.

Willy Schnyder lässt nicht locker:

Nach olympischen die nordischen Spiele!

(eg) **– Die Statistiken sind zappenduster: die 50 000 Zweitwohnungen im Wallis sind gerade mal während 44 Tagen pro Jahr besetzt. Während 321 Tagen sind die Läden in den Ferienchalets zu. Jetzt greift Staatsrat Willy Schnyder zu alten und völlig überholten Rezepten. Er will die nordischen Weltmeisterschaften ins Goms holen um die Parahotellerie zu retten. Schnyder zielt gleich drei Mal daneben.**

Fehlschluss Nummer 1
Mehr leere Betten

Die sinkenden Übernachtungszahlen in der Parahotellerie haben ihre Ursache im aus allen Fugen geratenen Bautourismus der siebziger und achtziger Jahre. Mit der Organisation eines sportlichen Grossanlasses wird dieser auf kurzfristigen Profit ausgerichtete Bautourismus noch einmal angeheizt. Die Konsequenz: nach dem Ereignis bleiben noch mehr Läden zu und noch mehr Betten leer.

Fehlschluss Nummer 2
Mehr leere Chalets

Wegen jahrzehntelanger schwarz-gelber Bau- und Parteipolitik sind die Bauzonen im Wallis vollkommen überrissen. Mit einer gigantischen Sportveranstaltung wie es nordische Winterspiele sind wird der ungestillte Hunger der Baulöwen mit den Baggerzähnen wieder geweckt. Was zurückbleibt ist eine mit weit verstreuten Ferienhäuschen bestückte verschandelte und zersiedelte Landschaft.

Fehlschluss Nummer 3
Weniger Touristen

Kein Jahr ist es her, seit dem Schnyder, Mudry und Co. von den IOC-Delegierten kalt abgeduscht wurden. Die Gesundbeter von Sion 2006 sprachen trotz der Niederlage von einem lohnenden Werbeeffekt für das Wallis. Die rückgängigen Zahlen im Tourismus sprechen jetzt eine andere Sprache. Das hat Schnyder mit seiner vom ihm selbst präsentierten Studie jetzt selbst bewiesen. Peinlich.

Vorher und nachher: Über die illegale Klärschlammdeponie in Lax wächst Gras.

Illegale Klärschlammablagerungen in Lax

Jetzt wird die Gommer Klärschlamm GmbH noch belohnt!

(ktm) **– Der Kanton und die Gemeinde Lax haben seit 1996 illegale Klärschlammablagerungen in Lax toleriert. Erst auf öffentlichen Druck hin sieht sich nun die Dienststelle für Umweltschutz gezwungen, die Wiederherstellung des ursprünglichen Zustandes zu fordern und die Täter zu bestrafen. Doch vorerst erhalten die Gommer «Klärschlammprofis» noch eine Belohnung!**

Als letzten Herbst in der Oberwalliser Presse die illegale Klärschlammablagerung in Lax aufgedeckt wurde, reagierte der zuständige Chef der Dienststelle für Umweltschutz, Jean-Pierre Schnydrig, mit Abwehr. Die Gewässerschutzpolitik des Kantons sei «klar definiert» und entspreche «den jüngsten umweltrelevanten Anforderungen.» Die Behauptungen seien «polemisch und unsachlich,» konterte er selbstsicher.

Staatsrat Rey-Bellet: Wiederherstellung und Bussen

Im Grossen Rat musste nun Staatsrat Jean-Jacques Rey-Bellet am 9. Februar 2000 zähneknirschend zugeben, dass die Behauptungen Schnydrigs nicht stimmen. In einer Interpellation hatte SP-Grossratssuppleant Tony Schmid den Staatsrat gefragt, ob er Kenntnis von den illegalen Ablagerung habe und was er dagegen zu unternehmen gedenke. In seiner Antwort hält Staatsrat Rey-Bellet fest: «Die Depots wurden ohne Bewilligung realisiert unter Verletzung der Vorschriften. Wenn eine Sache unsauber ist, dann nenne ich sie unsauber und wenn sie sauber ist, nenne ich sie sauber.» Das wollen wir doch alle von einem Staatsrat hoffen.

Rey-Bellet bestätigt weiter, dass die Gemeinde Lax 1996 ein Gesuch an den Kanton gestellt habe, um Klärschlamm für Aufschüttungen zu verwenden. Doch das Gesuch sei vom Kanton «abgelehnt worden, weil ein detailliertes Konzept für die Wiederverwendung des Klärschlammes fehlte.» In seiner Antwort fährt Rey-Bellet fort, dass «im Falle der illegalen Klärschlammablagerungen die Dienststelle für Umweltschutz die notwendigen Schritte unternimmt, das heisst die Wiederherstellung und eine Busse.»

Im Detail verlief die Sache wie folgt: Am 4. Mai 1996 reisen Vertreter der Dienststelle für Umweltschutz nach Lax und nehmen zusammen mit Gemeindevertretern und dem Gesuchssteller und Bodenbesitzer Alfred Bodenmann eine Ortsschau im Orte «Aebnet» Richtung Martisberg vor. Bodenmann und die Gemeinde werden aufgefordert ein Gesuch zu stellen. Dieser gesetzlichen Aufforderung kommen sie nicht nach. Im Juni und Juli 1996 deponieren sie grosse Mengen Klärschlamm aus der ARA Brunni/Fiesch im Aebnet.

Kanton liess Gras darüber wachsen

Als die Dienststelle für Umweltschutz davon Wind bekommt, fordert sie die Aufhebung der illegalen Deponie. Im Auftrag von Alfred Bodenmann nimmt der Fiescher Advokat Herbert Imhasly die Dienststelle aufs Korn und verweist darauf, dass auch anderswo solche Ablagerungen vorgenommen werden. Doch die Dienststelle weist ihn und Bodenmann mit Brief vom 4. September 1996 recht unsanft zurecht. Die anderen Orte hätten eine entsprechende Bewilligung des Kantons und es befremde daher, wenn Bodenmann «sein rechtswidrigers Handeln mit dem Hinweis auf andernorts herrschende Missstände rechtfertigen will.»

Das war im Herbst 1996. Und seither hat die Dienststelle für Umweltschutz ihre Hände in den Schoss gelegt. Statt die Wiederherstellung durchzusetzen und abschreckende Bussen zu verhängen, liess die Dienststelle geduldig Gras über das Dossier und die Deponie wachsen. Die Täter hingegen schritten ermutigt zur Tagesordnung über und fuhren überall dort, wo es auf den Laxer Wiesen ein Loch aufzufüllen gab, mit dem Klärschlammcamion auf. Die Gemeinde schaute zu, die Verantwortlichen der ARA Brunni schauten zu und der Kanton schaute zu. «Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen» war die Devise.

Bodenmann und Volken – Gesellschaft mit beschränkter Haftung!

Als Gipfel der Frechheit sollen nun die Gommer «Klärschlammprofis» noch belohnt werden. Am 29. September 1998 hat eine Firma VOBO GmgH ein Gesuch für den Bau einer Recycling-Anlage für Klärschlamm bei der Gemeinde Lax eingereicht. Hinter der Gesellschaft mit beschränkter Haftung stehen die Camioneure Alfred Bodenmann und Franz-Josef Volken. Das Gesuch wurde von der Gemeinde am 1. Juni 1999 bewilligt. Noch steht die Betriebsbewilligung seitens des Kantons aus.

Sollte der Kanton diese Anlage bewilligen, macht er den Bock zum Gärtner. Ohne vorherige Beseitigung der illegalen Deponien ist eine kantonale Bewilligung ein Affront gegen jene, welche sich korrekt an die gesetzlichen Bestimmungen halten.

Von Pinochets Schergen kaltblütig ermordet

Victor Jara: Er hatte kein Gewehr, nur seine Gitarre

(he) **– 16 Monate sass der Ex-Diktator Pinochet unter «Hausarrest». Nun wurde er in Grossbritannien freigelassen. Während seiner Regierungszeit als Diktator wurden in Chile Tausende gefoltert, ermordet oder ins Exil geschickt. Unter den Toten befand sich auch der bekannte Volkssänger, Regisseur und Liedermacher Victor Jara, der zwischen dem 11. und dem 18. September 1973 ermordet wurde.**

Victor Jara mischte sich unter die grossen und kleinen Leute und besang ihre Probleme und Sorgen.

Victor Jara wurde am 28. September 1938 in der Nähe von Santiago de Chile geboren. Sein Vater arbeitete als Landarbeiter. Seine Mutter war eine Volkssängerin, die bei Erntefesten und Trauerfeiern Gitarre spielte und Lieder sang. Sie brachte Victor Jara die Liebe zum Musizieren bei. An der Universität absolvierte er eine Ausbildung als Schauspieler, ging zum Theater und wurde in den 60er Jahren als bekanntester chilenischer Jungregisseur gefeiert. Trotz Erfolgen konnte er sich nie so recht für die «Theaterkunst» begeistern. So wandte er sich der zweiten grossen Leidenschaft zu: den chilenischen Volksliedern.

Jara glaubte, dass ein Künstler mit dem Volk leben und verbunden bleiben muss. Man kann nicht bloss vorbeischauen, aus dem Fenster gucken oder in seinem Atelier leben. So mischte er sich unter die Leute und besang in seinen Liedern ihre Probleme und Sorgen. Bis zu seiner Ermordung gab er in Chile in Fabriken, Schulen, Bergwerken, Theatern, Universitäten, Slumvierteln, Stadions, vor Arbeitern und Studenten Konzerte. Seine Popularität stieg und seine Lieder wurden politischer. Bald war er nicht nur in Chile, sondern in ganz Südamerika bekannt.

Grossen Einfluss auf Jara übte Violeta Para aus – eine engagierte Frau und bedeutende Komponistin. Sie zog kreuz und quer durch Chile, entdeckte die Lieder, die die Landbewohner sangen, und gab der chilenischen Folklore ihren Platz in der Gegenwart. Sie hat eine ganze Generation junger Komponisten beeinflusst. Im Lied «Manifiest» bezieht sich Jara ausdrücklich auf die berühmte Komponistin. 1969 erhielt er den ersten Preis beim Festival der Neuen Chilenischen Singbewegung. Obwohl seine Lieder konkrete, politische Aussagen enthielten, war er aus dem Wettbewerb der Katholischen Universität von Santiago als Sieger hervorgegangen.

Wie die Witwe Joan Jara in der Biographie «An Unfinished Song» berichtet, hörte Victor Jara am 11. September im Radio, dass die Stadt Valparaiso von den Einheiten der Marine umzingelt wurde. An diesem Tag sollte Victor Jara bei der Eröffnung einer Ausstellung in der Technischen Universität singen. Salvador Allende sollte auch kommen. Jara ging sofort zur Universität, um dort die Studenten und Professoren gegen die Militärjunta zu unterstützen.

Joan Jara hat später erfahren, dass die Technische Universität von Pinochets Soldaten umzingelt und beschossen wurde. Die Studenten und Professoren konnten sich nicht wehren. Victor Jara hatte kein Gewehr, nur seine Gitarre. Schon in der Universität sollen viele ermordet worden sein; die Überlebenden wurden in das berüchtigte «Estadio Chile» gebracht. Was im Nationalstadion geschah, hat die Witwe nach und nach erfahren: «Ich weiss, dass er dort gesungen hat. Ich weiss, dass sie ihn zusammengeschlagen haben. Ich weiss, dass sie ihm die Hände oder die Handgelenke gebrochen haben, und ich weiss, dass sie ihn nach zwei Tagen ermordet haben.» Im Stadion hat Jara noch ein letztes Gedicht verfasst, das später hinausgeschmugelt wurde:

Chile-Stadion

Es sind fünftausend von uns
hier in diesem kleinen Stückchen Stadt…
Was für ein Grauen die Fratze
des Faschismus schafft!
Sie führen ihre Pläne mit der
Präzision von Messern aus.
Ihnen ist alles gleich.
Für sie ist Blut wie ein Orden,
Schlächterei eine Heldentat.
Oh Gott, ist das die Welt,
die du geschaffen hast?…
Wie schwierig ist es zu singen
wenn ich den Schrecken
besingen muss.
Den Schrecken, den ich erlebe,
den Schrecken, den ich sterbe.
Mich selbst unter so vielen
sehen
und so viele Augenblicke
der Unendlichkeit
in denen Schweigen und Schreie
das Ende meines Gesanges sind.
Was ich sehe, habe ich nie
gesehen.

Am 18. September teilte ein junger chilenischer Staatsbeamter Frau Jara mit, dass Victors Leichnam identifiziert worden sei und sie ihn abholen könne. Was sie daraufhin unternahm, beschreibt Frau Jara wie folgt: «Ich sah das Leichenschauhaus von Santiago – angefüllt mit Hunderten von Leichen von chilenischen Arbeitern und Studenten, jungen und alten, die Hände noch hinter ihrem Rücken gefesselt… Unter diesen Leichen fand ich Victor. Einen schrecklich zusammengeschlagenen, blutigen Leichnam. Halb nackt und voller Wunden von Maschinengewehrkugeln… Sie liessen mich den Leichnam mitnehmen und ihn beerdigen.»

Aus Verbitterung und Enttäuschung über den Putsch und den Tod seiner engsten Freunde Jara und Allende starb am 23. September 1973 der grosse Lyriker und Dichter Pablo Neruda. Heuchler Pinochet ordnete eine dreitägige Staatstrauer an, während seine Soldaten Nerudas Bücher verbrannten und sein Haus zerstörten. Das Begräbnis Nerudas wurde zu einer Kundgebung, an der Trauer und Wut sich äusserten. Das Begräbnis Nerudas blieb während der Diktatur Pinochets die letzte politische Demonstration.

Kommentar

Blutgetränkte Vergleiche

1988 verlor Diktator Pionochet unerwartet die Präsidentschaftswahlen in Chile. Doch Pinochet wäre nicht Pinochet, wenn er für sich nicht vorgesorgt hätte. Zuerst blieb er Oberbefehlshaber des Heeres. Nur einen Tag nach dem Rücktritt aus der Armee liess er sich zum «Senator auf Lebenszeit» befördern. Mit diesem Schachzug hatte er sich in Chile die Straffreiheit erschlichen. Im Oberwallis hat der Ex-Diktator anscheinend einen Fürsprecher gefunden. In Leserbriefen setzt sich D. Jossen für Pinochet ein. Die zynischen Sprüche reduziert der Verfasser der Leserbriefe auf die Formel: «Es gibt eben Menschenrechte und Menschenlinke». Mit dem Hinweis auf die «100 Millionen Opfer des Kommunismus» versucht er, die Verbrechen Pinochets zu verniedlichen. Diese Rechtfertigungsversuche scheitern aber kläglich, weil Tote sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Vergleiche dieser Art sind menschenverachtend, weil sie nichts über das Schicksal der einzelnen Personen aussagen. Ein Beispiel dafür ist und bleibt Victor Jara.

Hilar Eggel

Victor Jara als Musiker

1957: Die berühmte Volkssängerin Violetta Para bringt ihm viele ihrer Lieder bei und ermutigt ihn als Sänger.
1958: Wird Mitglied der Cuncumén-Gruppe, die als eine der ersten chilenische Tänze und Lieder vorführt.
1959: Erste Schallplatten-Aufnahmen als Solist.
1960: Künstlerischer Direktor der Cuncumén-Gruppe. Komponiert sein erstes Lied «Paloma quiero contarte».
1963: Gründet die Volkslied- und Tanzgruppe der Folklore-Akademie der Casa de la cultura de Nuñoa.
1966: LP «Victor Jara». Erstes Album als Komponist und Solist.
1968: Preis der «Disco de Plata».
1969: Erster Preis beim Festival des Neuen Chilenischen Liedes, unterstützt von der Katholischen Universität Santiago. LP «Pongo en tus manos abiertas».
1970: Erforscht und entwickelt den Gebrauch traditioneller südamerikanischer Instrumente in seiner Musik. LP «Canto libre». Arbeitet intensiv mit Celso Garrido-Lecca an der Musik für «Los Siete Estados», ein Ballett von Patricio Baster, dem Choreographen des Chilenischen Nationalballetts. Januar–September: Konzerte und Vorführungen für Salvador Allendes Wahlkampagne.
1971: Leitet das Seminar für Volkstanz in der Tanzschule der Universidad de Chile. LP «El derecho de vivir en paz»; Preis als bester Komponist des Jahres. Konzerte und Vorträge in Mexiko, Costa-Rica, Kolumbien, Veneziela und Argentinien als offizieller Kulturvermittler der Regierung Allendes.
1972: Feldstudien mit Tonaufnahmen und Dokumentationen über die Geschichte des Slumsviertels «Herminda de la Victoria», die zu seiner LP «La Población» führen.
1973: Konzerte und Vorträge für die Wahlkampagne der Abgeordneten der Unidad Popular, Konzertreise nach Peru, veranstaltet durch das Institutio Nacional de Cultura in Lima.

Victor Jara mit seiner Frau Joan und seinen beiden Töchtern.

Wohin man / frau geht

Tünelkultur Rest. Simplon Naters

Samstag, 18. März, 21.00 Uhr
Sweet Sixteen
Pop, Schlager, Entertainment der Extraklasse
...hat sich zu dem Geheimtip gemausert. Unter der Leitung des bekannten Bandleaders James Past spielte die 16-köpfige Combo mit namhaften Grössen aus dem Showbusiness wie Erhard Kaslowsky, Abraham Pinkerton, Gabriel & the Whobangles oder Werner Klein-Band, um nur einige zu nennen.

Samstag, 25. März, 21.00 Uhr
Three Base Hit
Ambient-Jazz
Im Zentrum dieses Trios stehen die transparenten und dennoch geheimnisvollen Eigenkompositionen (Gitarrist Patric Lerjen), die wie unterkühlte Popsongs klingen und gerade dadurch intensiv und direkt wirken. Knackige, trockene Sounds, durchsetzt mit seltsam schimmernden Klangfetzen, schaffen Räume, in denen jeder Ton aufhorchen lässt.

Freitag, 14. April, 21.00 Uhr
Corin Curschellas
Songs, Chansons
Hemmungslos inspiriert, lustvoll subversiv, intensiv verspielt, federleicht und traurig, multidimensional weiblich, stark und zum abheben schön – gletscherschmelzend beschreibt sich das neue Programm des Corin Curschellas Quintett.

Samstag, 6 Mai, 21.00 Uhr
Paraffine
Noise-Pop / Rock
Mit ihrem dritten und aktuellen Album im Handgepäck sind sie auf CH-Tournee und gastieren zum ersten Mal im Tünel. Grosse Live-Erfahrung und eine bestechende Bühnenpräsenz machen die fünf Freiburger hörens- und sehenswert.

Samstag, 13. Mai, 21.00 Uhr
Allpot Futsch
Crossover-Punk
Melodiös, schnell, langsam, laut und präzise – oder auch nicht – lässt diese Band aus Naters dem Zuhörer ihre Refrains um die Ohren klingen.

Jeden letzten Freitag im Monat ab 21.00 Uhr Müsigbar im Tünel

Freitag, 17. März, 20.30 Uhr
Von Zipfeln und Gipfeln
mit Lukas Amman, Simon Ledermann und Eleni Haupt
Das frivol-musikalische Sammelsurium mit erotischen Texten aus der Schweizer Literatur; Lieder über die Sehnsucht, die Lust, die Gier und das Fieber in den Körpern.

Mittwoch, 5. April, 14.00 und 20.30 Uhr
Horta von Hoye
Die Bildhauerin arbeitet mit Zeitungspapier.
Das Publikum – das sozusagen am Atelierfenster sitzt – kann beobachten, wie skurille, ausdrucksstarke Figuren entstehen, die alle ihre eigenen Lebensgeschichten zu haben scheinen.

Kongress der Sozialdemokratischen Partei Oberwallis

Freitag, 24. März, 19.00 Uhr
im Tünel, Restaurant Simplon, Naters

Traktanden:
1. *Begrüssung*
2. *Jahresbericht*
3. *Kassabericht*
4. *Statutenrevision*
5. *Ausblick 2000*
6. ***Referat von Staatsrat Thomas Burgener zur Spitalpolitik***
7. *Verschiedenes*

Alle SPO-Mitglieder sind herzlich eingeladen.

Veranstaltungen des Oberwalliser Gewerkschaftsbundes

Sonntag, 19. März 2000 (St. Josef), 14.00 Uhr
Restaurant Bellevue in Naters
Generalsversammlung der Gewerkschaft Bau & Industrie (GBI)
*Ansprache von Nationalrat Paul Rechsteiner, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB): **Nur eine soziale Schweiz schafft Zukunft und Wohlstand für alle.***

Oberwalliser 1. Maifeier 2000
ab 16.00 Uhr, auf dem Sebastiansplatz in Brig
1. Maiansprachen, Live-Musik, Essen und Getränke

Gründungsversammlung JUSO JS GS

Freitag, 31. März 2000
im Tünel, Restaurant Simplon, Naters
Gründungsversammlung der JUSO Oberwallis

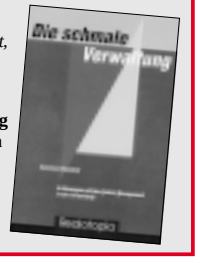
Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten laden alle interessierten Jugendlichen, die an vorderster Front am sozialen und ökologischen Umbau des Oberwallis mitarbeiten, herzlich zur Gründungsversammlung der JUSO Oberwallis ein.

Für weitere Infos steht Cyrill Pinto, Visp, Tel. und Fax 946 82 29 zur Verfügung.

Buchtip: Die schmale Verwaltung von Dr. Salomon Biderbost

Dr. Salomon Biderbost erlebte die Einführung des New Public Management, kurz NPM, im Sozialdienst der Justizdirektion Zürich. Seine Erfahrungen machten ihn hellhörig. In diesem Buch reflektiert er nicht nur seine Erfahrungen, er nimmt kritisch Stellung zur neuen Verwaltungskultur. Als linker und sozial engagierter Mensch kritisiert der Autor von *«Übersetzter Geschwindigkeit an Leben vorbei»* eine Entwicklung, die den Menschen immer weniger in den Mittelpunkt staatlichen Handelns stellt. Ein Buch, das aufhorchen lässt und «Blinde Flecken» in der laufenden Verwaltungsreform aufdeckt.

Übrigens: Dr. Salomon, der aus dem Goms stammt, ist langjähriger Freund der «Roten Anneliese».



Die schmale Verwaltung
Realotopia, 8080 Bülach
Tel. 01 860 79 50
Fax 01 862 18 53
Preis: ca. 20 Franken

WIDERSPRUCH
Beiträge zur sozialistischen Politik
38
Globalisierung und Widerstand
Freihandel, Weltwirtschaft und Peripherie; Finanzmärkte und Tobin-Steuer; Globalisierung, Migration und Frauen; Ende des Nationalstaates? Standortnationalismus, Exportwirtschaft und Binnenmarkt; Pharmaindustrie und Gewerkschaften; Agrokonzerne und Patente auf Leben
Ch. Scherrer, R. Falk, J. Bischoff, F. Chesnais, E. Altvater, B. Mahnkopf, B. Young, M.Kräke, Ch. Butterwegge, W. Briggen, E. Peine, H.Schäppi, F. Koechlin
Diskussion: Schuldenkampagne
D. Keet: Jubilee 2000 und der Süden
G. Ochsner: Schuldendebatte und Menschenrechte
M. Madörin: Schuldenstreichung und Legitimität
B. Unmüßig: Weltbank, IWF und Armutsbekämpfung
D. Drüssel: Entschuldungspolitik und die NGO
U. Brand: Global Governance – Weltordnungspolitik?
Marginalien / Rezensionen / Zeitschriftenschau
19. Jg./Heft 38 - Dezember 1999 / Januar 2000
Fr. 21.–

Abo-Erneuerung

30 Franken?

Falsch

3000 Franken

Der CVP-Verwaltungsrat der WEG und seine Wasserträger haben vor Jahren für völlig überrissene 300 Millionen Franken der Alusuisse die Rhowag-Aktien abgekauft. Jetzt sollen noch einmal 150 Millionen Franken in die marode CVP-WEG gebuttert werden. Für eine fünfköpfige Familie macht dies die stolze Summe von 3000 Franken pro Jahr. Wir meinen: vorerst ausmisten und aufräumen statt immer mehr Steuergelder verschleudern.

Richtig

30 Franken

In der Schweiz gibt es immer weniger kritische Zeitungen. Die Zeitungen sterben wie Fliegen. Jeden Tag eine mehr. Anders die «Rote Anneliese»: seit mehr als 25 Jahren erscheint die einzige Oppositionszeitung im Oberwallis mehr oder weniger regelmässig. Wer im Oberwallis wissen will, was hinter den Kulissen läuft, muss unser Blatt abonniert haben. Und die «Rote Anneliese» kostet nicht 3000 Franken sondern nur 30 Franken.*

*** Jene, die uns aktiver unterstützen wollen, können mit beigeheftetem Einzahlungsschein auch 60 Franken oder mehr bezahlen. Herzlichen Dank.** (ra)

Minimal-Renaturierung des Flugplatzes für 150 000 Franken

Militärs bitten Münster frech zur Kasse

(ktm) **– Das Militärdepartement verlangt von der Gemeinde Münster einen überrissenen Preis für das Flugplatzareal und will für die Renaturierung fast nichts bezahlen. Einmal mehr ziehen sich die Militärs billig aus der Verantwortung.**

Mit dem Abriss des Militärflugplatzes Ulrichen-Geschinen wurde letzten Herbst schon begonnen. Hier und auch in Münster soll eine Biotop-Anlage entstehen.

Ulrich Appenzeller, der Unterhändler des Departementes für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS), lässt sich von den Forderungen und Wünschen der Gemeinde Münster nicht beeindrucken. Für den Verkauf des Flugplatzareals (Unterstände, Pisten, Boden) will das VBS schätzungsweise 750 000 – 800 000 Franken. Inbegriffen sind die Kosten für die Renaturierung in der Höhe von 150 000 Franken. Genaue Zahlen allerdings gibt Appenzeller nicht bekannt. Diese stehen im neusten VBS-Angebot, das der Gemeinde Münster seit kurzem vorliegt.

Es handelt sich dabei bereits um das zweite Angebot des VBS an die Gemeinde Münster innert Jahresfrist. Im März 1999 hatte das VBS noch rund 850 000 Franken verlangt. Die Renaturierungskosten schätzte das VBS schon damals auf 150 000 Franken. Im Herbst 1999 legte dann die Gemeinde Münster ihre Vorschläge auf den Tisch. Appenzeller dazu: «Die von der Gemeinde vorgeschlagenen Renaturierungskosten waren eindeutig zu hoch.» Die Gemeinde Münster schätzt die Renaturierungskosten rund dreimal höher ein, das heisst auf rund 450 000 Franken.

Militärs wollen Renaturierung ohne Humus!

Auch beim Preis für das Flugplatzareal gehen die Meinungen offenbar weit auseinander. Das VBS verlangte letzten Frühling rund 700 000 Franken, die Gemeinde Münster hingegen will rund 140 000 Franken zahlen. Beide Zahlen beziffern den Wert der Anlage nach Abzug der jeweils deklarierten Renaturierungskosten. Die grösste Differenz besteht in der Bewertung der Renaturierungskosten. Laut Appenzeller will das VBS bloss die oberste Schicht abtragen und die Kosten für eine Humusschicht sparen. Von VBS-Beamten ist auch der Vergleich mit der Normandie zu hören, wo die Amerikaner im Zweiten Weltkrieg eine Betonpiste erstellt haben. Diese hätte sich «in den letzten 50 Jahren tipptopp selbst renaturiert.»

Mit Blick auf die einheimischen Baufirmen hat die Gemeinde Münster alles Interesse den Renaturierungspreis möglichst hoch zu halten. Jetzt muss Münster den eifrigen VBS-Beamten die Stirne bieten. Auch das VBS hat ein Interesse, dass die Anlage endlich verkauft wird. Dann können sie sogar mit einer Auszahlung seitens der Gemeinde Münster rechnen. Lehnt allerdings Münster die Minimalrenaturierung und den Flugplatzkauf ab, dürfte sich ein für das VBS langwieriger und kostspieliger Rückzug aus dem Goms ergeben. Dann müsste das VBS die Renaturierung der Piste und den Unterhalt der Anlagen selbst berappen.

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig • Nr. 161 / März 2000

Kulturlandschaft Oberes Goms

Fonds Landschaft Schweiz schlägt Gesamtkonzept vor

(ktm) **– Die Gemeinde Münster will auf dem Flugplatzareal ein Naherholungsgebiet mit See und Teich bauen. Deshalb hat Münster ein Gesuch um finanzielle Unterstützung beim «Fonds Landschaft Schweiz» (FLS) eingereicht. Ebenfalls die Gemeinde Geschinen hegt ähnliche Pläne zur Umgestaltung des Militärflugplatzes, der bereits abgerissen wird. Der FLS wurde 1991 anlässlich der 700 Jahr Feier gegründet und wird hauptsächlich von Bundesgeldern gespiesen. Letztes Jahr haben National- und Ständerat weitere 50 Millionen für die nächsten zehn Jahre bewilligt.**

Die Präsenz der Militärs hat dem Goms grosse Belastungen gebracht. Andererseits haben die beiden Militärflugplätze dazu beigetragen, dass die Dorfbilder noch weitgehend intakt geblieben sind und eine Ausuferung in der gesamten Talebene verhindert werden konnte. Für den Geschäftsleiter des FLS, Hans Weiss, liegt darin «eine grosse Chance für das Goms und den Tourismus». Deshalb stösst das Gesuch der Gemeinde Münster bei der FLS-Kommission auf offene Ohren. Laut Weiss ist es im Hinblick auf den Rückbau der Flugplätze und den Bau der Umfahrungsstrasse wichtig, dass es ein Gesamtkonzept für die Gestaltung des Kulturraumes Oberes Goms gibt.

Hans Weiss schlägt deshalb den betroffenen Gommer Gemeinden im Frühling eine gemeinsame Sitzung vor, an der voraussichtlich auch zwei Mitglieder der FLS-Kommission teilnehmen werden, nämlich Staatsrat Wilhelm Schnyder und alt Ständerat Willy Loretan.